

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne  
 jeils ober deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 10. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

## Parteigenossen!

Am 28. November d. J. findet die erste Sitzung des Reichstages der Session 1901/02 statt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Entwurf des Pollarist-Gesetzes dem Reichstage nach dessen Zusammentritt sofort zugehen wird.

Damit wird der Kampf gegen die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und im Verfolg davon der Kampf um die Beseitigung der Lebensmittelkrise in ein neues Stadium treten. Denn die heutzutage Agrarier werden Himmel und Hölle in Bewegung setzen, die Reichsregierung ihren Plänen dienlich zu machen.

Die Führung des Volkes im Kampfe gegen die Agrarier hat die Socialdemokratie übernommen. Ernsthaft streift wird ihre dieselbe auch von niemand gemacht.

Der Erfolg des Kampfes hängt wesentlich von der Unterstützung ab, die das Volk der socialdemokratischen Fraktion des Reichstages angedeihen läßt. Einen großen Erfolg hat der Kampf gegen die Lebensmittelverteuerung bereits aufzuweisen. Große Massen katholischer Arbeiter haben sich der Volksbewegung angeschlossen und gegen die zweideutige Haltung des Centrums Stellung genommen. Diese Vorgänge bereiten dem Centrum große Sorge. Denn ohne die Unterstützung der katholischen Arbeiter kann das Centrum seine Stellung als ausschlaggebende Partei nicht behaupten. Der betretene Weg muß eingehalten und weiter verfolgt werden.

Deshalb ist es notwendig, daß die Parteigenossen mit der Sammlung der Unterschriften für die in Umlauf gesetzten Petitionen gegen den Brotwucher in allen Volksteilen fortfahren, dabei insbesondere die katholischen Arbeiter auf die volksfeindliche Haltung des Centrums aufmerksam machen. Nur dann, wenn der Unwille und der Zorn des Volkes über die Lebensmittelverteuerung millionenfach und ohne Unterlaß den offenen und verkappten Ausbeutern in den Ohren gelte, werden die wankelmütigen Volksvertreter der Stimme des Volkes Gehör schenken.

Nach den getroffenen Dispositionen ist es die Absicht des Vorstandes der socialdemokratischen Fraktion, dem Reichstage sofort nach seiner Eröffnung den Protest des deutschen Volkes gegen den Brotwucher durch Ueberreichung der in Umlauf befindlichen Petitionen zu notificieren.

Der unterzeichnete Fraktions- und Parteivorstand richtet deshalb an die Genossen das dringende Ersuchen, jeder möge an seinem Platz dazu beitragen, daß die Vertrauensleute, Agitationskomitees, Provinzial- oder Landesvorstände in die Lage versetzt werden, sämtliche in Umlauf befindliche Petitionslisten im Laufe dieses Monats an die Adresse:

Vuchdruckerei Max Wabing,  
Berlin SW. 19, Benthstraße 2,

einzusenden.

Die Sichtung, das Ordnen, Zählen und Gegeiztieren der Listen bedingt, daß die Einsendung der Petitionslisten an die vorbezeichnete Adresse bis zum 31. Oktober ausgeführt sein muß.

Berlin, 9. Oktober 1901.

Wedel, Singer, Meister, Kuer, Pfannkuch, Gerisch  
Eberhardt, Wengels.

## Zum Kampf um den Bauarbeiterchutz.

Wie schwer die Arbeiter jede, selbst die als dringend notwendig überall anerkannte Verbesserung des Arbeiterchutzes der herrschenden Klasse abringen müssen, beweist vielleicht am besten der Kampf der Bauarbeiter um einen besseren gesetzlichen Schutz bei ihrer gefährlichen Arbeit. Nach jahrelanger, unermüdbar Agitation der Bauarbeiter-Organisationen durch Versammlungen, Schriften und Eingaben haben sich erst einige wenige deutsche Bundesstaaten zu einem, durchweg noch völlig ungenügenden Versuche im Interesse eines besseren Schutzes der Bauarbeiter herbeigelassen. Der größte und für die Haltung der Reichsregierung ausschlaggebende Bundesstaat, Preußen, hat bisher für die Wünsche der Bauarbeiter noch gar kein Entgegenkommen übrig gehabt, zumal das preussische Dreiklassenhaus, in dem bekanntlich dank der elendesten aller Wahlsysteme kein einziger socialdemokratischer Abgeordneter sitzt, nicht das geringste thut um der Regierung etwas mehr Eifer für diese Angelegenheit zuzubringen.

Jetzt endlich soll aber auch in Preußen etwas für einen besseren Bauarbeiterchutz geschehen. Wie die offiziöse Presse angekündigt hat, wird in der „allernächsten Zeit“ der Entwurf zu einem neuen Bauarbeiterchutz-Gesetz fertig gestellt und dann den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften zur Begutachtung vorgelegt werden. Zu der Begutachtung haben die Genossenschaftsvorstände nach § 113 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes Vertreter der Arbeiter mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zuzuziehen. Mit Rücksicht hierauf hat nun die Centralcommission für Bauarbeiterchutz in Hamburg einen ausführlichen Entwurf der für ganz Deutschland in Vorschlag zu bringenden Schutzvorrichtungen an Bauten ausgearbeitet und sie den Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter und Arbeitervertreter bei den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften als Material für ihre Mitarbeit an den Entwürfen zu neuen Bauarbeiterchutz-Gesetzen zugestellt.

Der Entwurf der Centralcommission enthält Vorschriften, welche sich auf alle Zweige der Bauhätigkeit beziehen und die verschiedenen dabei in Betracht kommenden Momente be-

rücksichtigen. So finden wir dort Vorschriften bezüglich des Gerüstbaues und anderer Schutzmaßnahmen bei Hochbauten, der Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern bei den Bauten, der Schutzmaßnahmen für die Pfisterer (Steinseher) und sonstigen beim Straßenbau beschäftigten Arbeiter, des sittlichen und sanitären Schutzes bei Hochbauten, der Abortanlagen, des Trinkwassers, der Schutzmaßnahmen bei den Arbeiten der Herbst-, Winter- und Frühjahrsbauten, für Tiefbau-Arbeiten, für die, bei den Ramm- und Vollwerksarbeiten Beschäftigten, der Sicherheitsmaßnahmen für die Arbeiten in komprimierter Luft (Preßluft) und des sittlichen und sanitären Schutzes bei Tiefbauten. Damit hat die Centralcommission eine Arbeit geleistet, für welche die deutsche Reichsregierung sich bisher nicht fähig gehalten hat. Denn der Staatssekretär des Innern hat im Reichstage zwar die Notwendigkeit eines besseren Bauarbeiterchutzes wiederholt ausdrücklich zugegeben, zugleich aber auch stets betont, daß eine Abhilfe der vorhandenen Mißstände unmöglich vom Reich erfolgen könne, da die diesbezüglichen Verhältnisse in den einzelnen Gegenden Deutschlands für eine einheitliche Regelung viel zu verschieden seien. Von den Arbeitern können die Herren Geheimräte im Reichsamt des Innern wieder einmal lernen, daß eine für das ganze Reich einheitliche Regelung des Bauarbeiterchutzes in der That möglich ist.

Fretlich sieht die Centralcommission in ihrem Vorschlage nur den ersten Schritt zu ihrem Ziele und hält es daher für unerlässlich, daß das neue Gesetz nach einem genau zu bestimmenden Zeitraum „geprüft und eventuell abgeändert“ werde. Ferner verlangt die Centralcommission, daß die Regierung ein Handbuch herausgebe, in dem die wichtigsten Schutzmaßnahmen erläutert werden, wenn nötig, mit Hilfe von beigelegten Zeichnungen. Außerdem sollten in den einzelnen Provinzial-Hauptstädten „öffentliche Sammlungen für Unfallverhütungs-Einrichtungen“ geschaffen werden.

Die wichtigste Frage bleibt jedoch, wie die Centralcommission ganz besonders hervorhebt, die, ob durch eine scharfe Ueberwachung der Bauten die Beachtung der Schutzvorschriften erzwungen wird. Daß in dieser Beziehung bisher die schwersten Unterlassungssünden begangen worden sind, ist bekannt. Daher war es in der That angebracht, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder die Centralcommission an die schon so oft von den Arbeitern erhobene Forderung erinnerte: genügende Kontrolle der Bauten unter Zuziehung praktisch erfahrener Bauarbeiter als Baucontroleure. Zu bedauern ist nur, daß auf diesen, auch nach unserer Ueberzeugung für die Arbeiter wichtigsten Punkt die Centralcommission viel zu wenig eingegangen ist. Da es sich darum handelt, in das neue Gesetz auch die notwendigen Kontrollvorschriften hineinzubringen, hätte die Centralcommission die diesbezüglichen, bisher bereits erlassenen Vorschriften darzustellen und nachweisen sollen, in welcher Beziehung sie zu verbessern wären. Diese Lücke sollte so bald wie irgend möglich ausgefüllt werden. Von den Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter und Arbeitervertreter bei den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften aber kann man wohl erwarten, daß sie das ihnen von der Centralcommission zugänglich gemachte Material gründlich studieren. Dann wird ihre Mitwirkung in dem Kampfe um einen besseren Bauarbeiterchutz um so wertvoller sein.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. Oktober.

### Vom freisinnigen Kretinismus.

Freisinnige Presse scheint dem Eingeiz verfallen zu sein, diese schmerzliche Lücke auszufüllen. Anders lassen sich die unheilbar blöden Auslassungen über die „Audienz in Hundestock“ schlechterdings nicht mehr erklären.

Daß der Kaiser das Bedürfnis fühlte, wenigstens in einer Frage eine Verständigung mit der Stadt herbeizuführen, war sehr natürlich. Es ist ja angelehnt der preussischen Verfassung und der Städte-Ordnung wahrlich nicht leicht, eine Maßnahme zu erdenken, welche selbst die Grenzen der Kronmacht überschreitet. In der Angelegenheit der Märchenbrunnen war es gelungen, einen solchen Fall zu verwirklichen. Hier war es in der That — selbst für die konservative Presse — zweifellos, daß der Einspruch des Kaisers keinerlei Rechtsgültigkeit hätte, daß in dem zu erwartenden Prozeß der Stadt Berlin gegen den Polizeipräsidenten die Krone unterliegen müßte. Hier war also die Krone um ihres eignen Ansehens willen gezwungen, statt des Prozesses einen Vergleich herbeizuführen und zu versuchen, ob es nicht möglich wäre, durch gütliches Zureden seinen Willen durchzusetzen.

Diese Sachlage war formenlos. Es war ausschließlich das Interesse der Krone, einem unmöglichen Zustand ein Ende zu bereiten, in den ihre Entschlüsse sie hineingeführt hatten. Insofern war nicht der mindeste Anlaß, über die plögl. vom Kaiser veranlaßte Audienz als über einen Erfolg der Stadt zu jubilieren. Dennoch haben freisinnige Blätter auch dieses Meisterstück der Wüßlosigkeit und der Dummheit fertig gebracht. „Berliner Kretinblatt“ wurde durch die Nachricht von der Audienz zu einem Sang auf den glorreich errungenen Friedensschluß begeistert. Die Thatfache dieses Empfanges werde den Scharfmachern im Lager der „Kreuz-Zeitung“ und den Herzen im Lager des „Vorwärts“ gleich wenig behaglich sein. Sie spreche nicht dafür, daß der Monarch, den man auf der äußersten Rechten wie auf

der äußersten Linken als einen zürnenden Mann hingestellt hätte, von einem unaussprechlichen Groll gegen die Haupt- und Residenzstadt Berlin erfüllt sei.“

Einmal in seiner Phantastikthätigkeit beflügelt, entlich sich das Blatt vom „kleinen Journal“ Herrn Wippchen, der nun über Bernau, das ja allerdings auf dem Wege zur Schorffelde liegt, als Friedens-Berichterstatter haarlein erzählte, was in Hundestock vorgegangen. Obwohl Wippchen seine Finger bereits fast ganz aufgelistet hatte, konnte er ihnen doch mit einer letzten Kraftanstrengung noch die bedeutsame Mitteilung entnehmen, es sei auch über den Fall Kaufmann gesprochen worden.

Die „Vossische Zeitung“ greift ihrerseits diese Fingerring Wippchens auf und gestaltet sie zu einem ebenso gemäßvollten wie grandiosen Königsdrama, in dem sie ihre alte Lieblingsidee von dem besser unterrichteten Monarchen dichterisch verklärt. Man muß diese Dichtung des höheren Preissinns wörtlich genießen. Also phantasiert die gute Vossin:

„Die Möglichkeit ist nicht zu bestreiten, daß Herr Kaufmann so warm und beredt für die Beschäftigung Kaufmanns eingetreten wäre, wie es der Minister des Innern respektmäßig hätte thun dürfen, und es ist ebenso wenig die Möglichkeit ausgeschlossen, daß die Fürsprache des Oberbürgermeisters, sein Hinweis auf die Tüchtigkeit Kaufmanns, auf das Vertrauen, das er in der Bürgererschaft genießt, Eindruck auf den Träger der Krone machte, der mehr Achtung für den Freimut als für die Unterwürfigkeit hat.“

Es könnte sein, daß der Kaiser dem auf die militärische Vergangenheit Kaufmanns hinwies. Er habe sich die Prozeduren kommen lassen und daraus ersehen, daß das Ehrengericht schlichten Abschied beantragt habe. Er glaube sich der Sache selbst dunkel zu erinnern, da er dazumal, wenn er nicht irrt, Kommandeur des ersten Garde-Regiments gewesen sei, zu dessen Reserve-Offizieren Kaufmann gehörte. Es sei angefragt worden, daß Kaufmann sehr radikale Reden gehalten habe, daß unter seinem Vorst. auch eine Flugschrift „Schwarz-Rot-Gold“, die ihn ganz und gar nicht gefalle, verkauft worden sei; sie befinde sich bei den Militärsitten. Das seien doch bedenkliche Antecedentien eines Bürgermeisters der Reichshauptstadt.

Wohlgeil hat der Oberbürgermeister in aller Ehrerbietung um die Erlaubnis, bemerken zu dürfen, daß Kaufmann dazumal zwanzig Jahre jünger war, eben erst Rechtsanwalt geworden, daß er eben erst ins politische Leben eintrat, daß sich seine Angriffe hauptsächlich gegen Stöcker, den „politischen Pastor“, richteten, daß die Berichte über seine Reden auf unzuverlässigen Aufzeichnungen untergeordneter Polizeibeamten beruhten, daß Kaufmann die Flugschriften des Vereins, dessen Vorsitzender er wurde, ohne längere Zeit sein Mitglied gewesen zu sein, schwerlich gelesen hatte, und daß überdies Kaiser Wilhelm I. das Urteil des Ehrengerichts als unbillig kassiert hat.“

Wir können uns auch die Möglichkeit denken, daß Herr Kirchner ob dieser ehrerbietigen Ansprache, die ihm die Tante Wof in den Mund legt, gegen das Blatt eine Beleidigungsklage anstrengen würde. Denn giebt es eine schimpflichere Insinuation, als daß der Oberbürgermeister des Stadtrats Kaufmanns Preissinns als eine bloße Jugendsünde zu entschuldigen wagen könnte? Aber freilich: Das ist ja wirklich eine glänzende Charakteristik des heutigen Preissinns, der, wenn er einmal Widerstandskraft und Selbsterkenntnis gezeigt hat, für solchen Frevel als verhärtete Jugendsünde um Verzeihung sieht. Es ist ein verdienstlicher Hohn, wenn die „Kreuz-Zeitung“ zu den freisinnigen Auslassungen bemerkt: „Wir freuen uns vielmehr über diese den Herren und damit zugleich der Stadt Berlin zu teil gewordenen Zeichen der Gnade, und wollen nur wünschen, daß die Stadtverordneten, die bisher alles Mögliche getan haben, um dem Monarchen solche Gnadenbeweise zu erschwern, sich künftig derselben würdig zeigen mögen.“

Ueber den Inhalt der Audienz verbreitet ein Magistrats-offizios allerlei Einzelheiten. Die betreffende Quelle ist allerdings sehr unzuverlässig. Aus ihr stammen beispielsweise die falschen Mitteilungen über die Aushlasten, sie hat auch längst über die Verhandlungen der städtischen Kunstdeputation das Gegenteil der Wahrheit in die bürgerliche Presse lanciert. Da aber die heutigen Mitteilungen nicht ohne innere Glaubwürdigkeit sind, so seien sie auszugswise wiedergegeben.

Danach hätte sich die einseitige Unterhaltung des Kaisers mit dem Oberbürgermeister und dem Stadtbaurat Hoffmann nur um drei Punkte gedreht:

Um die Führung der Siemenschen Straßenbahnen über die Linden, um die Märchenbrunnen und um die Ausgestaltung der Straße Unter den Linden. Wilhelm II. äußerte sich zur Führung der Straßenbahnen im Zuge der Neustädtischen Kirchstraße, daß er eine hohen Niveaubahn wegen der damit verbundenen Gefahren nicht genehmigen könne. Der Verkehr, besonders an Sonntagnachmittagen, sei so groß, daß Unfälle nicht vermieden werden könnten. Er habe ganz selbstverständlich auch nicht den Vorschlag gutgeheßen, durch die Anlage von Klappen die Unterführung zu bewerkstelligen, aber es sei angebracht, die Anbringung von Licht zu prüfen, wie er solche schon an anderen Orten gesehen habe. Ein solcher Licht sei sehr wohl zum Verablassen und Wiederheraufbefördern eines oder mehrerer Straßenbahnwagen zu benutzen und sei mit einer solchen Anlage nur eine geringe Störung des Verkehrs verbunden, jedenfalls eine viel geringere als bei einer Niveaubahn. Er habe sich diese Sache sehr eingehend überlegt und könne auf die Bemerkungen, daß die Ueberführung ganz seinen Wünschen entsprechend geplant worden sei, nur erwidern, daß diese Anschauungen nicht zutreffend seien und seinen Wünschen keineswegs entsprächen.

Bei der Erörterung der Ausschmückung des Friedensschloßs mit Märchenbrunnen äußerte sich der Kaiser dahin, daß er mit dieser Idee an sich, als einer sehr schönen, sehr einverstanden sei und daß, wenn sie richtig durchgeführt würde, Berlin einen Kunstschmuck erhalten werde, wie wohl keine andre Stadt ihn



besitze. Er glaube aber, daß man diese Bildwerke den Kindern, für die sie berechnet seien, auf andre Weise näher bringe. Kinder achteten nicht auf große architektonische Bauten und deren künstlerische Ausgestaltung. Die einzelnen Kunstwerke müßten von den Kindern gesehen werden, während sie im Park tummelten und dort spielten. Ihm kommt es vor allem darauf an, daß die Kinder auch wirklich von den neuen schönen Anlagen Nutzen hätten. Auf die Bemerkung des Stadtbaurats Hoffmann, daß ihm die Aufgabe gestellt worden sei, für den Friedrichshain einen architektonischen Abschluß zu schaffen und daß die städtischen Gemeindebehörden, nachdem sie sich viele Jahre im Verein mit einer Reihe von Künstlern mit dieser Aufgabe beschäftigt hätten, sich schwerlich entschließen würden, diese Gemälden aufzugeben, erwiderte der Kaiser, daß sich diese Aufgabe in anderer Weise lösen lassen und setzte dann eingehend seine dazugehörigen Pläne auseinander.

Darüber der anderweitigen Gestaltung der Linden erklärte der Kaiser, daß das ihm vorgelegte Projekt II des Stadtbaurats Strauß das einzige richtige sei. Er werde keinen andern Plan genehmigen und könne warten.

Sind diese Mitteilungen richtig, so würde sich der Kaiser durch sein Eingehen auf die Straßenbahnfrage mit der früheren Vorkauf in Gegensatz gestellt haben, daß er Herrn Kirchner in dieser Angelegenheit nichts mehr zu sagen habe. Jedenfalls würde diese Darstellung beweisen, daß Wilhelm II. in allen Punkten auf seinen Anschauungen beharrt; über Kaufmann wurde überhaupt nicht gesprochen.

Unter diesen Umständen kann es nur Freisinnigkeit sein fertig bringen, von Erfolgen der Stadt zu sprechen. Im übrigen wird ja wohl der Oberbürgermeister Anlaß nehmen, das Köstige in der Stadtverordneten-Versammlung mitzuteilen, um die nötige Antwort zu erhalten.

## Deutsches Reich.

### Centrumsverlegenheiten.

Aus dem katholischen Rheinland ist wieder über bemerkenswerte Kundgebungen gegen den Lebensmittelmangel zu berichten. Es handelt sich um zwei Versammlungen in durchaus katholischen Landorten. Die erste fand kürzlich in dem Dorf Werzenich bei Düren statt. Sie war von gewerkschaftlicher Seite veranstaltet und von 150 Personen, darunter vielen Angehörigen der Landwirtschaft, besucht. Die Versammlung sprach sich in einer mit allen gegen eine Stimme angenommenen Resolution gegen die Lebensmittelpollerhöbungen aus und beschloß, dem Vertreter des Wahlkreises im Reichstag, dem Centrumsabgeordneten Grafen Hompeich, hiervon Kenntnis zu geben. Wegen die Resolution stimmte nur der Ortschullehrer.

Die zweite Versammlung fand in dem Dorf Weßhoben im Kreise Mülheim a. Rh. statt. Sie war einberufen von dem christlichen Metallarbeiter-Verein und besaß von 120 Personen. Trotz der Einwände der Einkäufer, die auf den rein gewerkschaftlichen Zweck der Versammlung hinwiesen, erklärte man sich nach Erledigung der gewerkschaftlichen Angelegenheiten in einer Resolution gegen die Pollerhöbungen.

Die Lage des Centrums im Rheinland wird täglich schwieriger. Die katholischen Arbeiter äußern sich immer entschiedener und zahlreicher gegen den Lebensmittelmangel; und die katholischen Agrarier schreien nach dem 750 Mark-Joch, wie sie das noch am vorigen Sonntag in einer in Düren von dem Bund der Landwirte abgehaltenen Versammlung in einer Resolution thaten. Zur selben Stunde tagte in der benachbarten Kleinstadt Guskirchen eine von dem Volksverein für das katholische Deutschland anerkannte Vollversammlung. Der Generalsekretär des Vereins, Dr. Pieper aus M. Gladbach, hat die katholischen Bauern in bewegten Worten, am rheinischen Bauernverein festzuhalten und sich nicht durch die maßlosen Forderungen des Bundes der Landwirte irren lassen zu lassen. Auch der Reichstags-Abgeordnete Trindorn-Röhm mahnte die Landwirte, die Augen aufzuhalten gegenüber den verlodenden Verheißungen des Bundes, und dem Bauernverein treu zu bleiben. Aus diesen beiden Reden spricht die gleiche Angst, die allerdings angesichts der Dinge, die sich entwickeln, vollauf berechtigt ist.

**Auch ein Kronrecht.** Die Erweiterung der Kronrechte macht rapide Fortschritte. Von der Beanspruchung eines besonders merkwürdigen Kronrechts wissen seit einiger Zeit ausländische Blätter aus dem deutschen Bundesstaat Neuh. a. L. zu berichten.

Nachdem die Angelegenheit auch in der reichsdeutschen bürgerlichen Presse erörtert wird, kann man an ihr nicht mehr vorüber gehen.

Es handelt sich um folgendes:

Im Fürstentum Neuh. a. L. war seit einiger Zeit das Gerücht verbreitet, der Fürst Heinrich XXII. habe Kindern, die irgend eine Strafe abzulösen hatten, die Strafe unter der Bedingung erlassen, daß sie die betr. Schulfächer in seinem Zimmer, im Weisheit des Fürsten, von ihm selbst oder vom Vater des Kindes prägen ließen! Bei einigen Kindern, darunter einem Mädchen, befahl der Fürst Heinrich XXII. sogar, daß dieselben sich nackt auszuziehen hätten!

Vor kurzem kam die Sache durch einen Photographen in Walsdorf ans Licht. Die Einwohner des Fürstentums erhielten Flugblätter in verschlossenem Couvert, worin die Sache in aller Ausführlichkeit geschildert wurde. Ein amtliches Dementi blieb aus.

Neuerdings lassen sich nun die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, ein alldeutsch-konservatives Blatt, aus Greiz schreiben:

„Die von hier aus verbreitete Thatsache, daß der Fürst von Neuh. a. L. eine Züchtigung der Kinder, die mit geringen Gefängnisstrafen belegt waren, angeordnet und ausführen lassen hat in Gegenwart der Eltern, bestätigt sich. Für die Züchtigung wurde den Kindern die Strafe erlassen. Es wurden sowohl Knaben wie Mädchen gezüchtigt.“

Es ist nicht unsere Aufgabe, die privaten Eigentümlichkeiten der deutschen Bundesfürsten zu erörtern — das thun die Hofdamen und Kammerherren in ergebigem Maß. Hier aber handelt es sich offenbar um einen kranken Mann, dessen Thun geeignet ist, schlimmste Wirkungen zu zeitigen. Eine Ausübung des Begräbnisrechts zur Befriedigung krankhafter Reigungen kann unter keinen Umständen geduldet werden. Gerade die Monarchisten sollten ein Interesse daran haben, daß Heinrich XXII. sich schleunigst in ärztliche Behandlung begibt.

Traurig ist es mir, daß es Eltern giebt, die sich zum Werkzeug dieser fürstlichen Reigungen gebrauchen ließen.

**Episoden vom Antisemitentage.** Die Zusammenkunft der „deutsch-socialen Reformpartei“ in Leipzig hat am Montag noch einige Scenen gebracht, die die politische Konfusion und Reaktion dieser Leute bestärkt haben.

Das Vorstands-Mitglied Dr. Giese kam auf die Reichstags-„Obstruktion“ zu sprechen; er wendete sich gegen die, wie er sagt, bei Gelegenheit der Beratungen über den Zolltarif beabsichtigte Obstruktion und führte aus:

Die Regierung darf sich diese Manipulationen der Brottrücker-Schreier auf keinen Fall gefallen lassen. Dieselbe Geschichte haben wir schon bei Gelegenheit der lex Heinze erlebt und wenn die Herren von der Linken jetzt ebenso vorgehen sollten, so, meine ich, bleibt der Regierung gar keine andre Wahl, als einmal ernst zu machen, denn durch ein solches Verhalten der Herren wird der Staatsschmerz zur Notwendigkeit und ich habe das Vertrauen zu unserer Regierung, daß sie —

(Zwischenrufe und lebhaftes Unruhe. Ich meine, wir sollten das Vertrauen zu unserer Regierung haben, daß sie die Mittel finden wird, um solchen politischen Anarchismus beizulegen zu steuern, daß sie sich mit Händen und Füßen gegen die von der Linken versuchte Vergewaltigung sträuben und lieber ohne Verfassung arbeiten wird, als diesen Leuten ihre Wünsche zu erfüllen. (Unruhe.)

Diesen Ausbruch der Staatsfurcht suchte dann der Parteivorstehende Zimmermann durch die Erklärung zu mildern, daß er, wenn er zur Zeit der Beratungen der lex Heinze im Reichstag gefesselt hätte, mit der Obstruktion durch die und dann gegangen wäre. Diese Erklärung macht aber weder die Thatsache, daß die „Reformer“, außer Herrn Hans Vinzel, mit den Heinze-Männern durch die und dann gegangen sind, ungeschehen, noch die Thatsache, daß die auch freiwillig sich geberdende Partei einen Dr. Giese in ihren Reihen duldet, der Verfassungsbruch und Staatsfurcht fordert, sobald eine Partei im Reichstage von ihren Rechten pflichtgemäßen Gebrauch macht.

Abg. Vinzelwald bemühte wieder die Obstruktionsdebatte, um sich festig gegen den Abg. Liebermann v. Sonnenberg zu wenden, von dem er sagte, „daß er wohl — nach seiner Meinung — der größte Dichter sei, daß er aber trotzdem in Kunstfachen der größte Barbar sei“.

Derselbe Herr Vinzelwald that sodann folgenden bemerkenswerten Auspruch: „Erl wenn die Socialdemokratie einmal abgewirtschaftet haben werde, könne man vielleicht mit der socialen Seite des antisemitischen Parteiprogramms mehr hervortreten.“ Die Herren Antisemiten werden also in der glücklichen Lage sein, niemals das sociale Delorationsstück ihres Programms aus dem Winkel hervorholen zu müssen, sie dürfen sich alle Zeit ihrer ruhmvollen Existenz mit Judenbath erfreuen.

Endlich gab das antisemitische Konventikel auch einen neuen, nicht uninteressanten Beitrag zum Weien des Monarchismus der bürgerlichen, ordnungserhaltenden, bis auf die Knochen königstreuen Parteien. Redacteur Reuter-Offenbach erklärte:

„Wenn immer so sehr der monarchische Geist betont wird, der uns befehlt, so muß ich doch sagen, daß derselbe bei uns in Hessen nicht vorhanden ist. (Hört! hört!) Die Liebe zum Vaterland wird und muß in uns Hessen erlöset werden, wenn wir sehen müssen, wie den socialdemokratischen Volksvertretern Audienzen bewilligt werden, wie unser Landesfürst die Socialdemokraten aufsucht und wie sie karrefiziert werden, während wir Vauern Rot leiden. Darum müssen wir in erster Linie verlangen, daß der nationale Geist auch an der Stelle, wo gegenwärtig ein anderer Geist — ob jüdischer oder englischer ist gleichgültig — herrscht, wieder zum Durchbruch gelange, ehe wir wieder zu einem Verständnis für die monarchische Entwicklung gelangen.“

Diese Ausführungen fanden nach dem uns vorliegenden Bericht von keiner Seite Widerspruch. Der antisemitische Parteitag hat sich damit zu demselben Monarchismus bekannt, den der Delegierte Reuter aus Offenbach verkündete.

Der Großherzog von Hessen hat eine einzige Unterredung mit dem socialdemokratischen Landtags-Abgeordneten Ulrich gehabt, um so eine unmittelbare Kenntnis socialdemokratischen Wesens und socialdemokratischer Anschauungen zu gewinnen. Die winzige Ausübung dieser selbstverständlichen Pflicht eines Landesfürsten hat den Monarchismus der heffischen Antisemiten erlöset. Die deutsch-socialen Reformpartei liefert die eifrigsten Schreier der monarchischen Loyalität; keine Versammlung dieser Leute ohne lauten Tamtam monarchischer Betuerungen und schwulstige Telegramme an Landesfürsten. Jetzt ist zugestanden, daß dieser Monarchismus sich sofort in erbitterte Monarchenschmäzung verkehrt, sobald der Monarch der antisemitischen Gesellschaft nicht völlig zu Willen ist und sich nur die Freiheit nimmt, Politiker zu hören, die den Antisemiten nicht gefallen!

So ist der Monarchismus der Monarchisten allüberall. Nur sind nicht alle so dumm wie der Antisemit aus Offenbach, ihre Gesinnung so offenherzig zu bekennen. Darum aber verdient dieses Bekenntnis wohl aufbewahrt zu werden.

Mit einem „entlarvten Hummerbrief“ wird wieder einmal in der Ordnungspresse Lufung verübt. Man liest darüber: „Ein Amtsblatt, die fränkischen Nachrichten“, veröffentlichte im letzten März den Brief eines bayerischen Unteroffiziers, der in der Nacht vom 23. zum 24. November 1900 vier Stunden vor Befang mit 32 Mann seiner Kompanie sehr den Angriff der Chinesen auszuhalten hatte. Es hieß in demselben: „Wir hatten 13 Roger tot und 32 leicht und schwer verwundet, diese wurden alle in den Beißo geworfen.“ Wie das preussische Kriegsministerium in den „Kirchlich-socialen Blättern“ nunmehr mitteilt, ist der Schreiber dieses Briefes ermittelt und hat eingestanden, den Inhalt des Briefes zum großen Teil erfogen bez. stark übertrieben zu haben. Er hat ausgelegt: „Es ist durchaus unwahr, wenn ich damals geschrieben habe, daß tote, leicht und schwer verwundete Chinesen und noch dazu in so hoher Anzahl, in den Beißo geworfen worden seien. Außer den beiden Toten, die sofort insolge des erhaltenen Schlasses bei dem nächtlichen Kampf über Bord gingen, ist überhaupt niemand in den Beißo geworfen worden.“

Wir sind der Ansicht, daß es ein unglücklich naives Verfahren ist, wenn man die Nichtigkeit oder Unrichtigkeit des Inhalts eines „Hummerbriefes“ lediglich dadurch festzustellen sucht, daß man sich an den ermittelten Verfasser um Auskunft wendet. Wer garantiert denn, daß der Mann, indem er seine brieflichen Mitteilungen widerrief, nunmehr die Wahrheit spricht? Im Gegenteil, sind die erzählten Schandthaten wirklich passiert, so wird der Inquirierte alle Ursache haben, dieselben einfach abzuleugnen, um jeder Verantwortlichkeit und Unbequemlichkeit zu entgehen. Und er wird das um so mehr thun, als er dabei das wohlthunende Bewußtsein hat, im Interesse des Ansehens des deutschen Heeres“ zu handeln. Will man wirklich erfahren, ob die Briefe ermittelter Schalkämpfer Wahrheit oder Lüge enthalten, so muß man schon ein weniger bequemes, dafür aber gründlicheres und umfassenderes Ermittlungsverfahren anstellen, z. B. sämtliche Teilnehmer an der geschilderten Episode eidlich vernehmen lassen. Den Erklärungen der direkt oder indirekt Verantwortlichen hat bis jetzt noch kein Gerichtshof der Welt eine besonders überzeugende Beweiskraft zuerkannt.

**Die Frage der Unterbringung geisteskranker Verbrecher,** sowohl solcher, welche bei der nach Begehung der Straftat unzurechnungsfähig waren bezw. geworden sind, als auch solcher, die während der Verbüßung ihrer Strafe in Geisteskrankheit verfallen, beschäftigt, wie eine Korrespondenz mittelst, seit längerer Zeit die zuständigen Ministerien des Innern und der Medizinal-Angelegenheiten. Den Anstoß zu diesen Erwägungen hat dem Vernehmen nach eine größere Zahl von Irrenanstalten gegeben, denen die geisteskranken Verbrecher bisher überwiesen zu werden pflegten. Diese Anstalten wollen die Aufnahme dieser gefährlichen Patienten künftig ablehnen, weil sie die Verantwortlichkeit für dieselben nicht länger übernehmen und ferner auch ihren unbescholtenen, den bürgerlichen Kreisen angehörenden Pfinglingen nicht zumuten möchten, mit Verbrechern in den gemeinsamen Anstaltsräumen zusammen zu sein. Im Königreich Sachsen besteht beinahe eine besondere Irrenanstalt für geisteskrane Verbrecher; bei uns beabsichtigt die Regierung bei den größeren Gefängnissen besondere Irrenabteilungen einzurichten zu lassen, wie eine solche bereits im Roabiter Justizhause besteht. Versuchweise ist die Einrichtung auch schon in anderen Städten, wie Halle, Breslau und Köln, eingeführt worden. Da sich diese Keuerung

bewährt hat, will man sie für alle größeren Gefängnisse schaffen und hat dazu, wie verlautet, in erster Linie die Anstalten der Universitäts-Städte ausersehen. Hier ist es nämlich möglich, die Stellung des Gefängnisarztes, dem die neue Irrenabteilung anvertraut, mit einer Professur für gerichtliche Medizin, Psychiatrie etc. zu verbinden, da sich sonst der Ausführung dieser notwendigen Einrichtung finanzielle Schwierigkeiten in den Weg stellen würden. Die inter-einsten Kommunalverbände dürften die Keuerung mit Freude begrüßen; der Berliner Stadtverwaltung z. B. erwünschten durch die Unterbringung geisteskranker Verbrecher in den städtischen Irrenanstalten bei Ausbreitungen oder Ausbrüchen dieser gefährlichen Patienten fortgesetzt Unannehmlichkeiten, Scherereien und Geldausgaben; in absehbarer Zeit dürften alle städtischen Irrenanstalten den Verbrechern verschlossen bleiben.

**Die Typhus-Epidemie im Vochumer Kreise.** Aus Vochum wird uns berichtet: Es stellt sich bereits heraus, daß thatsächlich wie im vorigen Jahre in Duisburg das Leitungswasser der Träger des Krankheitskeimes war, bezw. wohl noch ist. In Duisburg hatte man die Verbreitung der Seuche verschuldet durch Abgabe unfiltrierten Ruhrwassers zum Hausgebrauch und es meldet sich bereits eine Stimme, die schließen läßt, daß es in Vochum sich ähnlich so verhält. Der zur Entlastung der Verantwortlichen ins Feld geführte Rohrbruch bei Steele spielt jetzt nur noch eine untergeordnete Rolle und die Entachter, welche dem Leitungswasser das Prädikat: bakterienfrei ausstellen, werden jetzt wohl arg in Verlegenheit sein, denn nunmehr ist festgestellt, daß das Erdwasser der Wasserleitung bei Steele zahlreiche Keime enthielt. Am Sonnabend ist das Wasser desinfiziert worden. Noch hält man die Behauptung aufrecht, durch den angeführten Rohrbruch seien die Keime in das Wasser gelangt. Nun veröffentlicht die „Rh.-Westf. Ztg.“ aber eine Zuschrift, welche geeignet sein dürfte, die Aufmerksamkeit und auch wohl die Nachforschungen auf eine andre Bahn zu drängen. Die Auslösung lautet:

Vor ca. 8 Wochen war es, da konnte man auf einer dem Gelsenkirchener Wasserwerk gehörigen Wiese in Ueberbruch beobachten, wie eine Reihe von Cementröhren, die mit Schlägen versehen waren, in die Tiefe versenkt wurden; nach einigen Tagen war alles sorgsam applaniert. Es war zur Zeit des großen Wassermangels. Kurz darauf konnte man dann sehen, wie die ganze Wiese überflutet war, offenbar doch mit Ruhrwasser. Wir richteten die ergebene Anfrage an die Direktion des Wasserwerks, ob in der That auf diesem Wege durch die Cementröhren vermittelst einer durchaus ungenügenden Filtration Ruhrwasser zur Zeit der Wassernot für den allgemeinen Verbrauch in größerem Maßstabe entnommen ist. Wenn dies der Fall ist, so dürfte wohl die Entstehung der gewaltigen Typhus-epidemie auf diesem Wege mit bestem Recht erklärt werden können, als durch den ominösen Rohrbruch in Königsstele. Daß jetzt kein Wasser mehr auf diese Weise gewonnen wird, glauben wir gern; der springende Punkt ist der: ist es damals, zur Zeit des Wassermangels geschehen?

Jedenfalls kann man schon nicht mehr leugnen, zum Teil verantwortlich zu sein für die Ausbreitung der Seuche. Festgestellt ist, daß ein Erdwasser verkauft war, trotzdem ließ man amtlich erklären: das Wasser ist bakterienfrei! Wie war das möglich? —

**Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Ein paar Denunziationen, die aus Rache oder andern, ebenso edlen Motiven erfolgen, und oft genug jeder thatsächlichen Grundlage entbehren, hatte den Schneider Kaufmann vor die Schranken der Essener Strafkammer gebracht. Die Ausfagen der Denunzianten waren aber derart unwahrscheinlich und einander widersprechend, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung von der Anklage der Majestätsbeleidigung beantragte. Was geschieht mit den Denunzianten?

Die Strafkammer in Dortmund verhandelte am Dienstag ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung. Hier war es ein Völkerverweiser, der sich schuldig gemacht haben sollte. In der Wirklichkeit hatte man die bekannte Bremerhavener Rede Wilhelm II. kritisiert; bei dieser Gelegenheit soll die Beleidigung ausgestoßen worden sein. Auch noch bei einer andern Gelegenheit soll sich der Sünder in einer nicht adäquaten Weise über Wilhelm II. geäußert haben. Er muß dafür, so beschloß das Gericht, auf fünf Monate ins Gefängnis wandern.

## Ausland.

### Der Nicaragua-Kanal und seine Handelsbedeutung.

Am genauen Mitteilungen über die Bestimmungen des Vertrages, der nach geheimer Verhandlung zwischen England und den Vereinigten Staaten bezüglich der Erbauung und Verwaltung des Nicaragua-Kanals vereinbart ist, fehlt es noch, doch scheint aus den kurzen Andeutungen des „Daily Chronicle“, die in der Hauptsache vom „Daily Telegraph“ bestätigt werden, hervorzugehen, daß ihm jene vom amerikanischen Senat veränderte Fassung des Hay-Pauncefote-Vertrages zu Grunde liegt, den die Vereinigten Staaten im vorigen Jahre der englischen Regierung zur Ratifizierung überlieferten, der aber damals von England zurückgewiesen wurde. Trifft dies zu, so erhält die Regierung der Vereinigten Staaten nicht nur völlig freie Hand in Bezug auf die „Ordnung und Verwaltung“ des Kanals, sondern auch das Recht, im Kriegsfall zu seiner Verteidigung und zum Schutz seiner Interessen die Bestimmungen über die Neutralität des Kanals aufzuheben, also seine Eingänge durch eine Blockade zu schließen, Kriegsschiffe im Kanal zu stationieren, dort Kriegsmaterial oder Truppen zu lagern und einzuschiffen etc. Deutlich heißt es in dieser Beziehung in der vom Senat festgelegten Formulierung des Hay-Pauncefote-Vertrages unter II. 5:

„Keiner der Punkte 1, 2, 3, 4 und 5 (d. h. der Bestimmungen) über die Neutralität des Kanals und seiner nächsten Umgebung) findet aber auf Maßregeln Anwendung, welche die Vereinigten Staaten zur Sicherung ihrer Verteidigung und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mit ihren eignen Nachmitteln für notwendig erachten sollten.“

Und eine weitere Bestimmung (Punkt 7) belagt: „Es soll keine den Kanal oder die nächstgelegenen Gewässer beherrschende Befestigung angelegt werden; nur die Vereinigten Staaten sollen das Recht haben, die Militärpolizei längs des Kanals in dem Maße auszuüben, soweit das zu dessen Schutze gegen unberechtigte Angriffe und Störungen der Ruhe notwendig erscheint.“

Hat thatsächlich, wie fast sicher scheint, England diese amerikanischen Formulierungen angenommen, so erhalten die Vereinigten Staaten die unbestrittene Herrschaft über den zu bauenden Kanal und damit ein Mittel zur Förderung ihrer Macht und Handelsinteressen ausgeliefert, daß ihnen in der Zukunft nicht nur im karibischen Meer, sondern auch im nördlichen Teil des Stillen Ozeans die dominierende Stellung sichert. Seit Jahren, besonders aber seit der Annexion der Hawaii-Inseln und der Philippinen, ist es das eifrigste Streben der amerikanischen imperialistischen Geschäftsleute, ihren politischen Einfluß wie ihren Handel in Ostasien und der ozeanischen Inselwelt auszudehnen, und wie die Thatsachen beweisen, mit starkem Erfolg. Ist doch in vier Jahren, von dem Fiskaljahr 1895/96 bis 1899/1900 der Warenabsatz der Union nach Asien von 25,6 auf 64,9 Millionen Dollar (ca. 273 Millionen Mark) gestiegen, während sich gleichzeitig die Warenausfuhr nach Ostasien von 17,2 auf 43,4 Millionen Dollar hob. Das östliche Asien sowie die Inselgruppen der Südpazifik gelten den imperialistischen Westpolitikern als die nächsten Gebiete, wo die mächtig aufstrebende amerikanische Industrie und der zunehmende Kapitalreichtum ihre Absatz- und Anlagemärkte zu finden haben. Als ein Mittel, zu diesem Ziel zu gelangen, erließen ihnen der Besitz der Philippinen, wo die Bai von Manila einen vorzüglichen Stapelplatz für den Handel nach China, Indien und dem Indischen Archipel bietet, und ein weiteres noch geeigneteres Mittel liefert der langprojizierte Nicaragua-Kanal, dessen Bau nun, nachdem die ihm entgegenstehenden Hindernisse gefallen sind, sicherlich mit echt amerikanischer Energie betrieben werden wird. Schafft doch der Kanal dem industriellen Osten der Union einen leichten und bequemen Zugang



zum Großen Ocean und sichert ihm gegenüber seinen europäischen industriellen Konkurrenten, die einen ungleich weiteren Seeweg haben, die größten Vorteile. —

### Oesterreich-Ungarn.

**Die böhmischen Landtagswahlen.** Am Dienstag sind in den böhmischen Landgemeinden die Wahlen vollzogen worden. Eine wesentliche Änderung der Stärkeverhältnisse zwischen Czechen und Deutschen scheint nach den bis jetzt vorliegenden Wahlergebnissen nicht eintreten zu sollen. Es wurden gewählt: 21 Jungczechen, 15 czechische Agrarier, 11 Aldeutsche, 8 deutsche Fortschrittler, 3 Angehörige der deutschen Volkspartei, 2 deutsche Agrarier, 1 Deutsch-Christlichsocialer und 1 Czechisch-Katholischer. 22 Stichwahlen sind erforderlich. Die Jungczechen behielten bisher 44 Mandate, die deutschen Fortschrittler 21, die deutsche Volkspartei 4, die czechischen Agrarier 4, die Aldeutschen 4, die Czechen 1 und die Deutsch-Christlichsocialen 1 Mandat. Unter den gewählten Abgeordneten befinden sich die Jungczechen Herold und Steamer sowie der Aldeutsche Wolf.

Da diesmal zum erstenmal eine direkte Wahl — gegenüber der früheren indirekten Wahl durch Wahlmänner — vollzogen wurde, spielte diesmal auch die Socialdemokratie eine große Rolle. Bei den Stichwahlen wird sie in mehreren Bezirken die Entscheidung zwischen den deutschen Parteien in der Hand haben. —

### England.

**London, 7. Oktober.** (Sig. Ver.) Eine socialistische Kandidatur. Infolge des Rücktritts des liberalen Abgeordneten Mr. Oldroyd wird im Kreise Dewsbury (Yorkshire) eine parlamentarische Nachwahl nötig werden. Auf Einladung der dortigen Socialdemokraten begab sich Gen. G. D. Uelch, Redacteur der „Justice“, gestern nach Dewsbury und wurde als sozialistischer Kandidat aufgestellt. Die Wahlversammlung war von 1500 Personen besucht. Die Resolution, den Genossen Uelch als Kandidaten anzuerkennen, wurde vom Arbeiter- und Gewerbetreibenden Genossen Broome eingebracht, vom Maschinenbauer Genossen Ramsden unterstützt und von der Versammlung einstimmig angenommen.

Der auswärtige Handel ein Zeichen der Krise. Nach dem heute veröffentlichten Berichte des Handelsministeriums für den Monat September belief sich die Einfuhr auf 38 208 791 Pfd. Sterling, die Ausfuhr auf 21 971 302 Pfd. Sterling. Verglichen mit September 1900 ist die Einfuhr um 3 024 061 Pfd. Sterl., die Ausfuhr um 2 588 009 Pfd. Sterl. zurückgegangen. Ein Vergleich der letzten neun Monate mit der gleichen Periode des vorigen Jahres zeigt, daß die Einfuhr um 5 250 000 Pfd. Sterl. zugenommen, die Ausfuhr hingegen um 9 112 000 Pfd. Sterl. abgenommen hat. —

### Italien.

**Steuerreform.** Der Ministerrat, der am 15. Oktober zusammentritt, wird über eine Reihe Finanzprojekte zu entscheiden haben, welche der Finanzminister Carcano z. B. ausarbeitet. Diese Projekte sind weit entfernt von einer gründlichen Steuerreform, wie sie vom ehemaligen Finanzminister Solanowicz beabsichtigt war; in einigen Punkten jedoch will die Regierung den Wünschen des Volkes entgegenkommen. Die Steuerzuschlässe sollen durch Streichungen am Budget ermöglicht werden. Unter anderem ist beabsichtigt, die in Italien zur Zeit sehr hohe Salzsteuer auf die Hälfte zu reduzieren. Das Parlament wird zum 20.—25. November zusammenberufen werden. —

### Asien.

**Die afghanische Thronfolge** scheint sich zur Erleichterung Englands zu seiner Staatsfrage gestalten zu wollen, wenigstens meldet ein Telegramm aus Simla, daß der älteste Sohn des verstorbenen Emirs, Habib Allah Khan, unter allseitiger Zustimmung des Volks zum Emir ausgerufen worden sei. Mr. Guthrie, der europäische Vertreter des Emirs, versichert, daß sich gegen Habib Allah keinerlei Opposition erheben werde, da Abdur Rahman bei den Hauptlingen und dem Volke für die Thronfolge seines ältesten Sohnes Zustimmung gemacht habe. Ein Thronpräsident werde keinen Anhang finden, auch werde Ruhnam wahrscheinlich seine Hand aus dem Spiele lassen. Sollte wirklich alles so glatt ablaufen, so kann sich England beglückwünschen. —

## Der Boeren-Krieg.

### Die Einschließung Voitas

scheint, wie ja mit ziemlicher Bestimmtheit vorauszusehen war, wieder einmal mißlungen zu sein.

Nach einer Depesche Kitcheners aus Pretoria von gestern berichtet General Buller, ein Teil von den Truppen des Generals Kitchener sei auf dem Marsch nach Nordwesten nach der Brücke über den Vrebanan am 6. Oktober auf die von dem General Voita befehligte Hauptmacht der Boeren gestoßen, welche auf dem Marsch nach Norden war, und es sei 20 Meilen östlich von Bryheid zu einem Kampfe gekommen, in dem auf Seiten der Engländer Lieutenant Pilkington und zwei Sergeanten von den 18. Husaren fielen und 10 Mann verwundet wurden. General Kitchener sehe noch mit dem Feinde in Fühlung. Die Boeren hätten ihre Wagen in der Nähe des Rivabankulu zurückgelassen und die englischen Truppen näherten sich dieser Stelle von Süden her.

Die „Fühlung“ mit einem der finsten Gegner kann jeden Augenblick verloren gehen. Und nach dem letzten Satz der Meldung scheint man schon zufrieden zu sein, wenn man sich statt Voitas und seiner Kolonne eines Teils seines Trains bemächtigt.

### Lord Roberts als Redner.

Aus Liverpool wird gemeldet: Gelegentlich der Verteilung von Kriegsmedaillen an die Soldaten hielt Lord Roberts hier heute eine Ansprache, in welcher er seinem Wunsch (i) Ausdruck gab, den Krieg in Südafrika bald beendigt zu sehen. Die Behauptung, daß nicht alles gethan werde, um den Krieg schnell zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, sei unbegründet. Sowohl von den Befehlshabern in Südafrika, wie auch von den verantwortlichen Behörden werde alles gethan, um den Krieg zu beenden. Lord Roberts, zu dem alle unbedingtes Vertrauen hätten (i), habe auch nicht ein einziges Mal eine Forderung betreffend die Entsendung von Mannschaften, Pferden oder Vorräten gestellt, die nicht sofort erfüllt worden sei (i) und das werde auch fernhin, so lange der Krieg dauere, geschehen. Lord Roberts lam dann auf die Schwierigkeiten der Kriegsführung zu sprechen, wies dabei auf die Geländekennntnis des Feindes hin und betonte, daß noch erst kürzlich die englischen Heerführer einen Erfolg (i) zu verzeichnen gehabt hätten. Roberts schloß mit der Aufforderung, die Nation möge auch ferner jene bewundernswürdige Geduld zeigen, wie während der trübten Tage des Monats Dezember 1899.

Lord Roberts mahnt also zur Geduld. Die wird das englische Volk allerdings noch in heroischem Maße zu üben Gelegenheit haben.

Herbert Gladstone hielt Dienstagabend in Leeds eine Rede, worin er die Haltung der Regierung gegenüber den Boergängen in Südafrika einer scharfen Kritik unterzog. Die Lage in Südafrika schiene sich zu verschlimmern, die Regierung scheine es aber nicht zu wissen. Die britischen Streitkräfte in Südafrika seien augenscheinlich nicht hinreichend, Kitcheners Proklamation habe ihren Zweck nicht erreicht, die unbehagliche Stimmung am Kap nehme zu. Die Regierung schulde es dem Lande, den Krieg durch wirksame Maßregeln rasch in der einen oder anderen Weise zu endigen. Niemand wünschete, daß die Regierung die wesentlichen Punkte des Krieges wagt, oder einen schwachen Frieden schliesse, aber das Land wünschete ein wirkungsvolles Ende des Krieges und die Herstellung eines gesunden, hochherzigen Friedens zu sehen.

## Partei-Nachrichten.

**Die Berichterstatter über den Parteitag** geht jetzt in den größeren Parteiposten vor sich. Soweit bis jetzt Berichte darüber vorliegen, bewegt sie sich zumeist in ruhigen Bahnen.

In Dresden-Neustadt wurde der Bericht der Delegierten ohne Debatte entgegengenommen, während sich in Dresden-Alstadt eine unwesentliche Debatte entwickelte, aus der nur hervorzuhelien ist, daß ein Redner die allzu persönlichen Auseinandersetzungen tadelte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

In der gemeinschaftlichen Versammlung der beiden Leipziger Kreise entstand eine etwas lebhaftere Debatte, in der die Pressefrage und die Angelegenheit der Accordmaurer kritisch behandelt wurden. Ein Parteigenosse erklärte, weder mit dem Beschluß in der „Vernunftfrage“ noch mit dem in der Angelegenheit der Accordmaurer zufrieden zu sein. Im übrigen wurden jedoch gegen die Beschlüsse des Parteitags keine Einwendungen erhoben und von einer Beschlusfassung abgesehen.

Im Wahlkreis Wiesbaden herrschte trotz längerer Debatte Einverständnis mit den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitags, während im Wahlkreis Hanau sowohl der Referent Hoch als auch mehrere Redner in der Debatte lebhaft Beschwerden erhoben über die langen und heftigen persönlichen Auseinandersetzungen. An den Beschlüssen des Parteitags wurde keine Kritik geübt.

In Stuttgart ergriff nur ein Redner das Wort, um sich mit den Ausführungen des Referenten Genossen Gildenbrand einverstanden zu erklären. Auch hier wurden keine Beschlüsse gefaßt.

In Breslau wurde die Debatte, die sich hauptsächlich mit Presseangelegenheiten, so mit der „Neuen Welt“ und der „Neuen Zeit“ beschäftigte, vertagt, um in der nächsten Versammlung fortgesetzt zu werden.

In Brandenburg ergriff nach dem Referat des Genossen Sidow der Genosse Peus das Wort, um seine im Dessauer Parteiblatt erschienenen „Ton“-Artikel zu rechtfertigen. Ihm traten mehrere Redner entgegen, die seine Artikel unter Anerkennung seiner guten Absicht mißbilligten. Es wurde zum Schluß eine Resolution angenommen, die sich mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden erklärt.

Das Agitationskomitee für das östliche Westfalen und Lippe hat im letzten Geschäftsjahre, wie auf dem Provinzparteitag in Bielefeld berichtet wurde, eine Gesamtsumme von 1576 M., wovon 500 M. aus der Hauptkasse flossen. Ausgegeben wurden 1551 M., davon entfielen 500 M. für Zeitungsporto für Landesverendung des Parteiblattes, 200 M. für Agitation, 623 M. für die lippschen Landtagsblätter u. Es wurde beschlossen, daß die einzelnen Kreise wieder regelmäßige bestimmte Beiträge an das Agitationskomitee zu leisten haben.

Nach einem Vortrage des Genossen Hoffmann-Bielefeld über den Votantentwurf wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen alexorids, besonders aber den Genossen in den Wahlkreisen des Centrums, in der nächsten Zeit auf alle die Regungen unter den Wählern gegen die geplante Lebensmittelversteuerung durch den Votantentwurf ihr besonderes Augenmerk zu haben, um den sich jetzt vollziehenden Prozeß der Ferkung der politischen Parteien und besonders des Centrums durch die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Kräften für die Socialdemokratie auszunutzen.“

Der Provinzial-Parteitag für das westliche Westfalen wird für Sonnabend, den 26. Oktober, nach Dortmund einberufen. Auf der Tagesordnung stehen außer den geschäftlichen Angelegenheiten die Landtagswahlen, der Entwurf eines Kommunalprogramms und die Polenbewegung im Aufrechter.

Bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl in Offenbach werden sich unsere Genossen mit einer eignen Liste von zehn Kandidaten betheiligen, und fünf Kandidaten den Gegnern überlassen. Sobald diese zehn Kandidaten Sieger werden, verfügen dann unsere Genossen über die Zweidrittel-Mehrheit, die auch dem bei der Reichstagswahl zu Tage getretenen Stimmverhältnis entspricht. Man ist dabei von dem Grundsatze ausgegangen, auch den Gegnern die Möglichkeit der Mitarbeit an den Gemeindegewerken zu geben.

**Totenliste der Partei.** In Langenbielau starb nach langem, schwerem Leiden an der Proletariatskrankheit der Tabakarbeiter Heinrich Junge im Alter von 32 Jahren. Junge war mehrere Jahre Kassierer des Socialdemokratischen Wahlvereins für Langenbielau und Umgebung und Mitglied der Preßkommission für den „Proletarier aus dem Eulengebirge“. Auch als Redner war Junge für die Sache des arbeitenden Volkes thätig. Die Parteigenossen des Eulengebirges werden das Andenken des Verstorbenen stets in Ehren halten.

K. M. Jiesnig, einer der eifrigsten und thätigsten Vorkämpfer der Socialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung in Schweden, ist in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag infolge eines Schlaganfalles im 42. Lebensjahre gestorben. Jiesnig, der ursprünglich Buchdrucker war, war seit 1893 in „Socialdemokraten“-Expedition thätig.

## Aus Industrie und Handel.

**Empfehlungen zum Direktorenposten.** Wir berichteten bereits in voriger Nummer, in welchen Beziehungen der Direktor der Reederei Vereinigter Schiffer in Breslau zur Halbweil gestanden hat. Aber auch im Geschäftsleben hat der Herr eine interessante Vergangenheit; der Konkursverwalter plaudert darüber folgendes aus:

Vorher Schötag im Jahre 1888 den Direktorenposten bei der Reederei Vereinigter Schiffer übernahm, war er Leiter der Ode-Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft, die 1888 in Konkurs geriet. Dieser Konkurs führte auch zu einer Strafverfolgung gegen ihn, und nach einer Untersuchung von fünfjähriger Dauer wurde er 1893 wegen Konkursvergehens zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, welche Strafe dann im Gnadenwege in eine Geldstrafe von 1000 M. umgewandelt wurde. Im Jahre 1896 verheiratete er sich und seine Frau brachte ihm ein Vermögen von etwa 75 000 M. in die Ehe. Schötag bezog in seiner Direktorenstelle ein Jahresgehalt von 7500 M. und sehr reichliche Lantimeien. Er spezialisierte in höchst waghalsiger Weise nicht bloß in Wertpapieren aller Art, sondern auch in übertriebenen Produkten, und auf die Mißerfolge dieser Spekulationen ist der Verlust der Millionen zurückzuführen, welche er der Aktiengesellschaft Reederei Vereinigter Schiffer veruntreut hat. Nähere Einzelheiten über den Verbleib des unterschlagenen Geldes kann zur Zeit nicht gegeben werden, da ordnungsmäßig geführte Privatbücher nicht vorhanden und alle Aufzeichnungen und Briefschaften des Verstorbenen von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt und noch nicht freigegeben sind.

Schötag verstand es ferner, Terrains, welche die Gesellschaft gebräunte, an sich zu bringen, um sie dann mit hohem Gewinn zu verkaufen. Seine Gläubiger haben die niedliche Summe von 11 1/2 Millionen Mark Forderungen angemeldet.

Nach dem Mitgeteilten erscheint es ganz ausgeschlossen, daß der Gesellschaft die Vergangenheit ihres Direktors unbekannt war, ebenso wenig wie ihnen die sonstigen unsauberen Passionen des Mannes verborgen bleiben konnten. Man kann nur aus solchen Vorommnissen den Schluß ziehen, daß es Leute giebt, die die größten Lumpereien als eine Empfehlung für den Leiter eines Aktienunternehmens halten.

Die „Breslauer Zeitung“ berichtet: Von einem hiesigen Rechtsanwält ist im Auftrage einer auswärtigen Bank über die Firma Ernst Kuznizki, Kommissions-, Lombard- und Wechselgeschäft, welche durch Verleitung gefälschter Reederei-Contossemente zahlungsunfähig geworden ist, Antrag auf Konkursöffnung gestellt worden.

**Arbeiterentlassungen.** Mit Rücksicht auf die großen Lager vorräte hat sich das Portland-Cementwerk Heidelberg, vormals Schiefferdeder u. Söhne genötigt gesehen, an die 400 Arbeiter zu entlassen und den Nachtbetrieb einzustellen.

**Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften.** Die Rieburger Eisenwerke und Maschinenfabrik Rieburg a. S. erzielte im verfloffenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 14 485 Mark gegen 29 683 Mark im Vorjahre. Dividende 2 Proz. — Die Werkzeugmaschinen-Fabrik vormals Sondermann u. Stier in Chemnitz verzeichnet einen Reingewinn von 47 684 Mark gegen 166 648 Mark im Vorjahre. Dividende 2 Prozent. — Die Branerei Binding Frankfurt am Main hatte einen Reingewinn von 814 394 M., im Vorjahre 814 175 M. Dividende 13 Prozent. — Die Harzer Werke zu Habeland und Jorze berichtet über einen Gewinn von 182 953 Mark, 421 888 M. im Vorjahre. Dividende 3 Proz., gegen 12 und 13 Proz. in den Vorjahren. — Die Odeverke, Maschinenfabrik und Schiffbauwerk in Stettin, schließen ihre Bilanz mit einem Verlust von 565 000 M. — Die Bismarckhütte in Schwanenholz (Oberschlesien) schließt mit einem Reingewinn von 812 129 M. ab, gegen 2 018 020 M. im Vorjahre. Dem entsprechend sanken die Dividenden von 24 auf 12 Proz. in diesem Jahre.

**Die Arbeitslosigkeit in Schweden.** Lindquist, der Vorsitzende der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften, hat einen Bericht über die zur Zeit herrschende Arbeitslosigkeit herausgegeben. Danach macht sich die Arbeitslosigkeit in der Eisenindustrie zur Zeit weniger fühlbar, wenn auch an manchen Plätzen eine größere Anzahl Arbeiter feiern muß. Dasselbe gilt von der Holzindustrie. Am größten ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Von den 4000 Mitgliedern des Maurerverbandes sind zur Zeit, obgleich die Saison noch nicht vorüber ist, schon 700 arbeitslos. Auch im Steinergewerbe herrscht eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit. — Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß die schwedische Industrie im kommenden Winter eine weit geringere Zahl von Arbeitern beschäftigen wird, als im vorigen. —

**Rückgang der englischen Ausfuhr.** Nach dem amtlichen Handelsausweis hat im September d. J. die Einfuhr um etwas mehr als 3 Millionen Pfund Sterling und die Ausfuhr um 2 1/2 Millionen Pfund Sterling gegen den gleichen Monat des Vorjahres abgenommen.

## Wieviel Kinder erreichen das Lehrziel der Volksschule?

In einem eigenartigen Lichte erscheint die Volksschule in den soeben veröffentlichten Beiträgen zur Charlottenburger Schulstatistik. Es handelt sich um Mitteilungen zur Abgangstatistik der Volksschulkinder, soweit die Erreichung des Lehrziels in Frage kommt: So wichtig dies bei Erörterung nicht nur der Volksschulfrage, sondern auch der Fortbildungs- und Fachschulfragen ist, so wenig Material ist in statistischer Beziehung beigebracht. Die preussische amtliche Statistik verfolgt diesen Gegenstand nicht, und es find nur wenige Städte, welche die Frage der Erreichung des Lehrziels statistisch erörtern; in systematischer Weise geschaß dies eigentlich nur von den statistischen Ämtern in Breslau und Charlottenburg, während andre Stätte sich mit der Mitteilung einzelner Daten in ihren Verwaltungsberichten oder mit gelegentlichen Sonderpublikationen begnügen. Und doch sind die Resultate dieser Statistik außerordentlich lehrreich; sie zeigen, daß überall das Lehrziel nur höchst unvollkommen erreicht wird, indem es im ganzen vielleicht nur die Hälfte aller Schüler ist, welche dasjenige Maß von Wissen beim Verlassen der Schule aufgenommen haben, welches ihnen von vornherein zugebach war. Eine andre Frage ist hierbei noch, ob sie dieses Wissen wirklich so aufgenommen, daß sie es behalten haben, und daß es sie auf den Lebensweg begleitet. Die andre Hälfte hat aber nicht etwa nur einen kleinen Teil des Lehrplanmäßigen zugebachten Stoffes zu entbehren, sondern besitzt nur ein mehr oder minder unvollkommenes Bruchstück der vorgegebenen Schulbildung, je nachdem der Abgang von einer höheren oder niederen Klasse nach Erreichung des schulpflichtigen Alters erfolgen mußte.

In Berlin z. B. gingen in den Jahren 1896—1899 bei einer sechsstufigen Volksschule noch nicht zwei Drittel der Kinder — bei den Mädchen etwas mehr als bei den Knaben — nach Vollendung des schulpflichtigen Alters von der obersten Klasse ab. Damit ist aber nicht gesagt, daß sie wirklich das Schulziel erreichten, weil nicht feststeht, wie lange sie in der ersten Klasse geblieben haben, aber sie hatten doch wenigstens die oberste Stufe erreicht. Ein Viertel der abgehenden Kinder verließ die zweite Klasse, ein Fünftel die dritte Klasse. So fogar von der IV. Klasse verließen in diesen vier Jahren noch 660 Knaben und 900 Mädchen die Schule nach erfüllter Schulpflicht, ganz zu schweigen von den 114 Kindern, welche nicht über die V., und den 14, welche nicht über die VI. Klasse hinauskamen.

In dem benachbarten Charlottenburg, wo die Volksschule siebenstufig ist, ist naturgemäß die Abgangsziffer in der obersten Klasse geringer als in der sechsstufigen Berliner Schule. Immerhin bleibt auch in Charlottenburg die Hälfte der Schulkinder ohne Abschluß der Bildung, eine Zahl, die noch größer wird, wenn man in Betracht zieht, daß auch hier ein nicht unbedeutender Teil der von der ersten Klasse abgehenden Kinder die Klasse vor Aemachung des ganzen Lehrstoffes verlassen hat.

In Breslau betrug im Jahre 1895/96 der Abgang nach vollendeter Schulpflicht aus den sechs- und siebenstufigen Volksschulen bei der ersten Klasse 70,2 bei den Knaben und 73,5 bei den Mädchen, bei der zweiten Klasse 20,4 bezw. 19,4, bei der dritten und vierten 9,2 bezw. 7,1, bei der fünften und sechsten 0,2 bezw. 0,0 Proz. Dabei entfielen aber auf solche Kinder, welche die erste Klasse bereits nach einem halben bis einem Jahre verließen, 23—24 Proz.

In Königsberg gingen 1890—94 von der ersten Klasse 55,9 Proz. (davon 27,4 Proz. nach einjährigem Aufenthalt), von der zweiten 27,5, von der dritten 12,8, von den tieferen Klassen 4 Proz. der Schüler nach erfüllter Schulpflicht ab. In Frankfurt a. M. wurden Ostern 1899 von 1929 Kindern 59 Proz. infolge zweijährigen Besuchs der Oberstufe der siebenstufigen Schulen entlassen, 24 Proz. aus der Unterabteilung der Klasse I, 12 Proz. aus der Klasse II und 5 Proz. aus niedrigeren Klassen. In Hamburg gingen von 8395 im Jahre 1897 wegen erfüllter Schulpflicht entlassenen Kindern 61 Proz. aus der ersten Klasse, 24 aus der zweiten, 11 aus der dritten, 4 aus der vierten und 1 Proz. aus einer noch niedrigeren Klasse ab. In Mannheim verließen in den zehn Jahren 1887—97 29 Proz. der Knaben und 22 Proz. der Mädchen die oberste Stufe der achtstufigen Volksschule und etwa ein Drittel die zweite Stufe.

Mit Recht betont die Charlottenburger Statistik auf Grund dieser Beispiele die Notwendigkeit, die Frage der Erreichung des Lehrziels in den Vordergrund der Schulstatistik zu stellen. Ebenso unbestreitbar ist es, daß eine weitere Vertiefung der Statistik auch Fingerzeige für Reformbestrebungen geben kann. Es wird nicht nur die Hauptpflicht des Schulverwalters mit besonderer Verantwortlichkeit auszuwärtiger Säulen, der Schulpflichtigen und der sanitären Verhältnisse in Betracht kommen, sondern auch auf die Ueberfüllung der Schulklassen, die Verfolgung der Lehrer, die häuslichen Verhältnisse der Volksschüler und vor allem auf die noch immer nicht gänzlich beseitigte Nebenbeschäftigung schulpflichtiger Kinder wird ein besonderes Augenmerk zu richten sein.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

**Die neuen Tarifvereinbarungen für das Töpfergewerbe** scheinen gestiftet. Die Verhandlungen zwischen dem Innungs- und dem Gesellenauschuß sind abgeschlossen. Der neue Tarif weist im Verhältnis zu den bisher bezahlten Accordpreisen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von circa 15 Proz. auf.

Die Töpfer haben gestern in einer sehr stark besuchten, vom Centralverband einberufenen Versammlung nochmals sämtliche Funktionen des Tarifs durchgesehen und sodann den Gesellenauschuß ermächtigt, in der heute stattfindenden Innungsversammlung dem Tarif zuzustimmen und außerdem einige Ergänzungen zu beantragen. Voraussetzungen werden sich auch die Meister mit den Vereinbarungen einverstanden erklären, zumal die Arbeiter, um eine Einigung zu



erzielen, ihre ursprünglichen Forderungen reduziert haben. — Am Dienstag oder Mittwoch findet wieder eine Versammlung statt, in der über die Beschlüsse der Zuningsversammlung berichtet wird.

**Die Antelegraphierung Posadowsky durch das Buchdrucker-Tarifamt** wird in der neuesten Nummer des „Korrespondenzblattes“ der General-Kommission mit der gleichen Schärfe kritisiert, wie dies bereits durch uns und andre Parteiblätter geschehen ist. Das „Korrespondenzblatt“ bezeichnet die Ablehnung des Telegramms als ein „Vorurteil“, das in der deutschen Gewerkschaftsbewegung großes Versehen hervorgerufen hat. „Wollte man die obersten Reichsbehörden nur als Druckauftraggeber auf die Fortdauer des Tarifs aufmerksam machen oder ihnen Material für die Arbeits-Gesetzgebung unterbreiten — schreibt das „Korrespondenzblatt“ — so hätte das durch ein Anschreiben, durch wohlgegründete Eingaben geschehen können. Der Telegrammfall habe stets als Form von Vertrauens-erklärungen und Gebührensadressen gegolten. Weiter schreibt das „Korrespondenzblatt“:

„Auch der Inhalt des Telegramms geht weit über die Empfehlung der Tarifvereinbarung in Kreisen der Druckauftraggeber hinaus; er stellt eine private Abmachung zwischen Unternehmern und Arbeitern direkt unter die Autorität der Regierung und hat eine programmatische Bedeutung. Diese Rundgebung muß insbesondere befremden, weil sie an einen Mann gerichtet ist, der der deutschen Arbeiterklasse durch ein Jugendhaus-Gesetz ihr Koalitionsrecht verkleinern wollte und zur Erreichung dieses Zweckes selbst die finanzielle Unterstützung arbeitserfreundlicher Unternehmerorganisationen erbittet. Einen solchen Regierungsvertreter um seinen „höchstmöglichen Schutz“ zu ersuchen und ihm dadurch ein glänzendes Vertrauensvotum auszustellen, das ist dem doch ein Vorgehen, das die gesamte Gewerkschaftsbewegung weit von sich weist.“

### Deutsches Reich.

„**Deutscher Kürschnerverband**“ ist der Name des auf dem Kürschnerkongress in Leipzig gegründeten Centralverbandes. Zugelassen sind alle in der Kürschner-, Jurischer- und Wägenmacher-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Das Eintrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 25 Pf. Als Beitrag wird erhoben von den Kürschnern, Juristern und Wägenmachern pro Woche 80 Pf., von den männlichen Hilfsarbeitern 25 Pf. und von den weiblichen Hilfsarbeitern 15 Pf. Das Fachorgan wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert. Generalversammlungen finden alle 2 Jahre statt. Bei Streiks zahlt der Verband eine Unterstützung an Kürschner z. B. von 9,00 M., an Hilfsarbeiter 8 M. und an Arbeiterinnen 4,80 M., außerdem für Kinder unter 14 Jahren 1 M. pro Woche.

Die Unterstützung bei Maßregelungen, die vom ersten Tage ab gezahlt wird, beträgt für die einzelnen Kategorien 15 M., 12,50 und 7,50 M. pro Woche, desgleichen für jedes Kind 1 M. Der Sitz des Verbandes wird nach Hamburg verlegt. Schubert ist als Vorsitzender, Wagnitz als Kassierer gewählt. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Leipzig. Der neue Centralverband tritt mit dem 1. Januar 1902 in Kraft und schließt sich der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands an. Der Uebertritt der Mitglieder der jetzigen Vereine hat bis zum 15. Februar 1902 zu erfolgen.

**Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Nordhausen** dauert fort. Wenn die Fabrikanten glauben, daß der Mietzins am 1. Oktober, die Entziehung der Schadenersatzsummen usw. die kämpfenden wanken machen würde, so haben sie sich mit samt der bürgerlichen Presse wiederum getäuscht. Die letztere erklärte schon vorige Woche, daß die Tabakarbeiter sich als die Besten erklären müßten. Wiederum natürlich eine Unwahrheit im Unternehmerinteresse. Die bürgerliche Presse ist doch zu lausisch. Als ob es nicht bekannt wäre, in welcher Verlegenheit sich die Fabrikanten befinden. Die Produktion in den Gefängnissen unter den denkbar traurigsten Verhältnissen kann eben nicht von längerer Dauer sein. Die Arbeitswilligen in den Fabriken sind gleichfalls minderwertige Elemente. Die Händler, welche aus den acht Fabriken Tabak beziehen, werden die Ware nur schlecht los, denn die Fabrikate sind derart unregelmäßig gearbeitet, daß man denselben die traurigen Produktionsbedingungen ansieht. So steht es denn fest, daß die kämpfenden nicht daran denken, sich bedingungslos zu ergeben. Wenn die fernere finanzielle und moralische Unterstützung unserer Brüder und Schwestern in Deutschland so wie bisher sich bewährt, werden die Tabakarbeiter weiter kämpfen, bis die Organisation zur Anerkennung gelangt.

Das Komitee der ausgesperrten Tabakarbeiter in Nordhausen.

**Eine Lohnbewegung der Stuarbeiter in Hanau** ist in Fluß gekommen und hat bei der Firma J. u. S. ihren Anfang genommen. Da die bisher mit dieser Firma geschlossenen Verhandlungen zu keinem Resultate führten, so sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. Die gestellten Forderungen sehen eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde vor und eine Ueberstunden-Entschädigung von 35 Proz. Zuschlag für die Stunden bis 10 Uhr, nach 10 Uhr und für Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 50 Proz. verlangt. Für Ausgeladene wird ein Lohn von 15 M. verlangt, der sich im Laufe des ersten Jahres auf 20 M. erhöhen soll. Für die in den Accordwerkstätten beschäftigten Arbeiter wird ein einheitlicher Tarif und eine zehnprozentige Lohnaufbesserung gefordert. Es wird um strengste Fernhaltung des Zugangs gebeten.

**Die Lohnbewegung der Weber im Kreis-Geraer-Textilarbeiter-Bezirk** scheint nicht ohne Schwierigkeiten zu verlaufen. Es ist den Webern und Weberinnen der Firma Schulenburg u. Wehler in Gera bekannt gegeben worden, daß der vom Verband der Textilarbeiter und Arbeiterinnen und vom Agitationskomitee geforderte Mindestlohn nicht acceptiert wird. Die Firma verlangt bis 7. Oktober die unterschriftliche Erklärung von ihren Arbeitern, daß sie zu den jetzigen Accordlöhnen weiter arbeiten wollen.

### Ausland.

**Am Streik der Pariser Konfektions-Kürschner** sind 300 Arbeiter und Arbeiterinnen in 58 Geschäften beteiligt. Es handelt sich, wie wir schon gestern mitteilten, um Erringung des Achtstundentages. Die Arbeiter der Firma Rovillon fröres, des größten Geschäftes der Branche, haben sich dem Vorgehen ihrer Kollegen nicht angeschlossen, obgleich diese in ihren Geschäften in New York und London den Achtstundentag bereits eingeführt hat. Die Organisation der Pariser Kürschner, welche uns vorstehende Mitteilungen macht, bemerkt ferner, daß die Arbeiter ihrer Branche in Paris meistens deutschsprachende Ausländer sind, und daß es deshalb angebracht sei, in den deutschen Arbeiterblättern vor Zugang von Kürschnern nach Paris zu warnen.

**In der dänischen Eisen-Industrie** und auf den Schiffswerften sind die Verhältnisse zwischen den Unternehmern und den Arbeitern seit längerer Zeit sehr unsichere. Die Arbeitgeber der in Betracht kommenden Branchen haben sich zusammengeschlossen und einen gemeinsamen Ausschuss eingesetzt, der es offenbar als seine Aufgabe ansieht, alle Forderungen, die seitens der Arbeiter gestellt werden, abzulehnen. Es ist in diesem Frühjahr nach Ablauf der alten Verträge nicht zu einer Einigung über die künftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen gekommen. Der vertraglose Zustand bedrohte den Fabrikanten aber auch nicht. Sie strebten nun danach, die Bestimmungen des alten Vertrages, soweit sie ihnen günstig scheinen, und ohne Festsetzung eines Minimallohnes, wieder einzuführen; lehnten aber alle Verbesserungen, die die Arbeiter beantragten, ab mit der Begründung, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland, besonders in Berlin, sowie in Schweden viel schlechter seien und die dänische Industrie, zumal bei der herrschenden Geschäftslage, keine weitere Belastung tragen könne. — Die Vertreter der Arbeiter strebten auch besonders danach, die wöchentlich zulässige Ueberzeitarbeit auf ein Maximum von acht Stunden zu beschränken, um dadurch der großen Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Nun haben die Arbeitgeber am Freitag in ihrer Sitzung

erklärt, daß sie die vom dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verband gestellten Forderungen als einen Abbruch der Verhandlungen ansehen und ihre eigenen Vorschläge bei gelegener Zeit auf „administrativem Wege“ durchführen wollen. Offenbar trachten die Herren danach, die Arbeiter bei der jetzigen schlechten Konjunktur in einen ansichtslosen Streik zu treiben.

**Der Fischerstreik in Grimsby** soll nunmehr beendet sein. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit ist aber die Not der Fischer noch nicht zu Ende. Einmal wird eine erhebliche Zahl doch noch eine Weile feiern müssen, da nicht alle Fischerfahrzeuge in See gehen können, und jene, welche sofort antreten, müssen bis zur Beendigung der Reise warten, ehe sie Geld bekommen, denn die Fischer werden nicht mit festem Lohn, sondern mit Anteil am Fang angestellt.

### Soziale Rechtspflege.

**Die Näherin Witwe G.** hatte für ihre Arbeit an 13 Knabenhosen 2,70 M. von den Herren Goldberg u. Sommerfeld zu bekommen, die ihr die Zahlung verweigerten, weil eine der Hosen von der Frau eingeschnitten und nicht verwertbar sei. Frau G. klagte beim Gewerbegericht gegen die Firma auf Zahlung des Lohnes. Nach vergeblichen Vergleichsversuchen des Vorsitzenden Dr. Leo verurteilte die Kammer I die Beklagten zur Zahlung von 2,48 M. für die 12 gutgearbeiteten Hosen. Der Vorsitzende verwies darauf, daß eine Kompensation gegen den Lohn nicht zulässig sei. Wenn die Herren Goldberg u. Sommerfeld einen Schaden hätten, könnten sie Ertrag dafür nur im Wege der Widerklage fordern. Natürlich könne die Klägerin für die schlecht gearbeitete oder verdorbene Hose keinen Lohn beanspruchen.

**Unzuständigkeit des Gewerbegerichts.** Die Variété-Sängerin G. verlangte von dem Theaterdirektor Blank eine Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Sie war entlassen worden, als sie vorübergehend bei Blank als Kellnerin fungierte, während sie vorher in seinem Variété als Soubrette aufgetreten war. Da die Klägerin auf Befragen des Vorsitzenden der Kammer VI, Dr. Leo, erklärte, sie verlange die Entschädigung als Sängerin, so trat der Gerichtshof der Frage der Zuständigkeit des Gewerbegerichts näher und verneinte diese. Die Klägerin wurde mit der Begründung abgewiesen, daß das Gericht für die Ansprüche von Sängerninnen sowie von Musikern selbst dann nicht zuständig sei, wenn deren Darbietungen einem vom künstlerischen Standpunkt aus niederen Genre angehörten.

### Gerichts-Beitrag.

#### Von dem Schuß.

den die Vertreter der bürgerlichen Justiz den „für den Staat besonders nützlichen Elementen“ angeheihen lassen, meldet folgender Gerichtsbericht:

Wie es schier unmöglich ist, die Glaubwürdigkeit eines Arbeitswilligen in den Augen deutscher Gerichte zu erschüttern, zeigt eine Verhandlung, die am 4. d. M. vor der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts II unter dem Vorsitz des Direktors Dr. Meinecke stattfand. Der Angeklagte Maurer Krauslopf soll nach Beendigung eines Streiks auf dem Schwarzlopfischen Neubau zu Königswusterhausen am Abend des 23. Mai 1900 auf dem Heimweg von der Arbeit dem Maurer Widat, der die Arbeit etwas früher als die andern wieder aufgenommen hatte, zugerufen haben: „So'n verfluchter Pollack, arbeite da! Marie mal, Du Hund, Dir werden wir schon kriegen!“ Er soll sich hierdurch der versuchten Rötigung und der Verleumdung schuldig gemacht haben.

Zu einer früheren Verhandlung ergab die Beweisaufnahme, daß Widat dem Trunke in hohem Maße ergeben war. Die Verteidigung stellte weitere Beweisanträge in dieser Richtung; die Anträge wurden vom Gericht mit der Motivierung abgelehnt, daß die „Potorenqualität“ Widats als wahr unterstellt werde. Dennoch kam das Gericht zur Verurteilung, indem es in den Urteilsgründen die Potorenqualität dahin definierte: „daß Widat gern und oft trinkt, vielleicht auch zuweilen mehr, als Arbeiter gewöhnlich zu trinken pflegen.“ Die Strafe wurde auf 3 Monate Gefängnis bemessen. Zur Motivierung dieser harten Strafe bringt das Urteil den charakteristischen Satz: „Das Vorgehen des Angeklagten war überaus gemein und verächtlich; es bezweckte, an die Stelle des Rechtes das Faustrecht zu setzen und er scheute sich deshalb nicht, den Widat, der ihm nie etwas zuleide gethan hatte, grob zu beschimpfen.“

Nachdem das Reichsgericht dieses Urteil wegen Beschränkung der Verteidigung aufgehoben hatte, tagte nunmehr die erneute Verhandlung, aus der folgendes hervorgehoben sei:

Der Angeklagte bestritt noch immer die That. Widat behauptet: „Der Maurer Habeball stand mit dem Angeklagten zusammen, als ich vorbeiging und die Worte gerufen wurden: Ich habe nie getrunken.“ Auf Vorhalt des Vorsitzenden: „Ich habe nur selten und wenig getrunken.“ — Zeuge Habeball: „Ich war etwa fünfzig Meter von Krauslopf entfernt, als Widat vorbeiging; der Maurer Schulze stand bei Krauslopf. Ich habe die Schimpfworte nicht gehört.“ — Zeuge Wilhelm Schulze: „Ich stand mit Krauslopf zusammen, Habeball war schon weg; ich habe nichts gehört.“ — Widat bleibt dabei, daß nicht Schulz, sondern Habeball bei Krauslopf gestanden habe. — Zeuge Maurer Teuber: „Widat hat der Regel nach zum Frühstück und zu Mittag je eine Seltersflasche Schnaps getrunken und das Trinken bis zum Abend fortgesetzt.“ — Widat erregt: „Das ist un wahr! Höchstens habe ich mir für 15 Pf. Schnaps mitgenommen und dann manchmal noch für 10 Pf. gekauft. Ich war nie betrunken!“ — Zeuge Teuber: „Widat ist auf der Arbeit oft betrunken gewesen; er ist, wie ich bestimmt weiß, wenigstens zweimal wegen Sauferei entlassen, einmal vom Polier Müller am Fickler-Bau, einmal auf Widau.“ Widat: „Ich habe nie in Seltersflaschen Schnaps gehabt, war auf Arbeit nie betrunken und bin nie wegen Trunkenheit entlassen. Das ist eine große Lüge.“ Gastwirt Sünde: „Widat trank zur fraglichen Zeit fast ausnahmslos bis zum Morgens vor der Arbeit 1/2 Korn und nahm 1 meist 2 Seltersflaschen a 3/4 Liter Schnaps, auch Spiritus, mit auf Arbeit. Abends kam er oft schon betrunken an und trank noch einen oder zwei große Korn.“ Widat: „Von den Seltersflaschen war eine für mich, die andre für einen Kollegen. Ich war nie betrunken.“ Sünde: „Widat ist einmal infolge Trunkenheit mit einem Kalfas auf der Straße umgefallen.“ Widat sucht dies unschuldig darzustellen. Polier Koch: „Widat hat längere Zeit unter mir gearbeitet. Er trank sehr viel, jeden Tag wohl das höchste Maß. Oft habe ich ihm Rügen erteilen müssen, wenigstens zweimal mußte ich ihn auch wegen Trunkenheit vom Bau schicken und zwar schon nachmittags 3; 3/4 Uhr. Das war gerade am Pfingsten 1900 (d. h. zur hier fraglichen Zeit). Entlassen wurde er nicht, weil Arbeiter fehlen.“ Widat: „Das ist alles nicht wahr.“ Zeuge August Schulze: „Ich kenne den Widat seit 8 Jahren. Er wurde damals gleich am ersten Arbeitstage wegen Schnapsausens entlassen. Bei Schwarzlopf war's nicht besser; vormittags ging's, nachmittags war's meist nicht mehr auszuhalten. Er bedrohte uns mit dem Hammer und dergleichen.“ Widat bestritt auch dies mit derselben Entschiedenheit, wie die Angaben aller anderen Zeugen. Der Staatsanwalt beantragt wieder drei Monate Gefängnis. Von der Verteidigung wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß auf Widat, gleichgültig, wie man über den Einfluß des Suffs auf seine Wahrnehmungs- und Reproduktionsfähigkeit denken möge, um bedwillen eine Verurteilung keinesfalls gegründet werden dürfe, weil sich der Zeuge durch die zahlreichen widersprüchlichen Angaben mit allen übrigen Zeugen als völlig ungläubhaft erweisen habe. Es hieße der Logik und der Psychologie Gewalt anthun, dem Zeugen, der sich überall sonst unzuverlässig gezeigt, gerade nur in dem einen Punkt, in dem er den Angeklagten belastet, vollen Glauben zu schenken.

Dennoch kam der Gerichtshof von neuem zur Verurteilung und belieh es bei der Strafe von 3 Monaten Gefängnis.

Eine mit dem unbefangenen Denken und Empfinden verbundene Begründung dieses Urteils ist schlechterdings unmöglich.

**Der Großhandel und der § 139b der Gewerbe-Ordnung.** Der Fischgroßhändler Lichtenberg hatte vor 5 Uhr früh von seinem Stande in der Central-Markthalle aus an eine Händlerin Fische verkauft. Er wurde deshalb in zweiter Instanz vom Landgericht I wegen Uebertretung des § 139b der Gewerbe-Ordnung zu einer Geldstrafe verurteilt. Der genannte Paragraph schreibt bekanntlich vor, daß von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh offene Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Das Landgericht nahm an, daß § 139b auch auf den Großhandel Anwendung finde, da das Gesetz einen Unterschied zwischen Großhandel und Kleinhandel nicht mache. Auch wäre der Markthallenstand des Angeklagten als eine offene Verkaufsstelle anzusehen. Auf die Revision des Angeklagten hob indessen das Kammergericht die Vorentscheidung auf und sprach ihn frei. Zur Begründung führte Präsident Großhuff aus: Unter offenen Verkaufsstellen im Sinne der §§ 139b bis c seien nach der Entstehungsgeschichte der fraglichen Bestimmungen die Verkaufsstellen der Engros Händler nicht zu verstehen. Offene Verkaufsstellen im Sinne des § 139b seien solche, welche dem allgemeinen Publikum zugänglich seien. Die §§ 139b und 146a (Strafbestimmung) seien aber auch deshalb hier nicht anwendbar, weil der Markthallen-Verkehr ein Marktverkehr sei, für den die §§ 65 bis 69 der Gewerbe-Ordnung maßgebend wären. Nach § 69 konnte nun die Orts-Polizeibehörde im Einverständnis mit der Gemeindebehörde die Marktordnung nach den örtlichen Bedürfnissen feststellen. Die auf diese Weise zu hande gekommene Berliner Marktordnungsverordnung, die eine Marktordnung im Sinne des § 69 sei, gebe die Markthalle von 3 Uhr früh ab für den Verkehr frei. Sie werde durch die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, die über den Ladenschluß zc. Bestimmungen traf, nicht berührt.

**Einer der bekannten Elbenthaler** stand gestern in der Person des Handelsmannes Paul Schulz vor der 7. Strafkammer hiesigen Landgerichts. Der wesentlich noch nicht vorbestrafte junge Mann war der Typus des arbeitscheuen Tageelbes, der sich von einer Dirne ernähren läßt, das Mädchen arg mißhandelt und es mit den schwersten Verbrechen bedroht, wenn es ihm nicht genügend Geld zum Vertrieben überläßt. Der Angeklagte ist darin so weit gegangen, daß er das Mädchen, welches ihn fütterte, direkt mit dem Revolver bedrohte. Wie in den meisten derartigen Fällen suchte auch hier die Verlesungsgewalt vor Gericht die Tatsachen zu Gunsten des Angeklagten zu färben und es bedurfte erst des nachdrücklichen Hinweises des Vorsitzenden, daß er sie bei fortgesetztem Lügen sofort in Haft nehmen lassen werde, um sie zur Wahrheit zurückzuführen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung und drei Jahren Ehrverlust. Außerdem wurde die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht über ihn verfügt und die Ueberweisung des Angeklagten an die Landespolizeibehörde angeordnet. Er wird daher nach verbüßter Strafe ins Arbeitshaus wandern. Der Gerichtshof war der Meinung, daß das Arbeitshaus für Kuppler jeder Art die beste Strafe sei und in jedem Falle in Anwendung gebracht werden müßte.

**Eine Frau mit zwei Männern** stand gestern vor der 1. Strafkammer am Landgericht II. Wegen Bigamie hatte sich die Arbeiterfrau Pauline Schättin zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt; aus dem öffentlich verkündeten Urteil ging aber hervor, daß die Angeklagte Mitte 95 in Hamburg den Eisenarbeiter Schättin geheiratet hat. Am 11. Mai dieses Jahres heiratete sie in Riga den Schlosser Brudhoff, ohne daß die erste Ehe rechtsgültig getrennt worden war. Die Angeklagte gab an, daß der erste Gemann sie verlassen habe. Sie habe sich mit ihrem Kinde in bitterster Not befunden. Da habe sich Brudhoff ihrer angenommen und ihr schließlich einen Heiratsantrag gemacht, den sie annahm. Sie habe sich aber geirrt, so sagen, daß sie schon einmal verheiratet war. Der Gerichtshof nahm auf alle diese Umstände Rücksicht und erkannte nur auf sieben Monat Gefängnis, wovon ein Monat auf die erlittene Unteruchungshaft angerechnet wurde.

### Versammlungen.

**In einer freisinnigen Kommunalwähler-Versammlung**, die gestern abend in der Bülowstraße tagte, kam auch die in der „Welt am Montag“ behandelte Angelegenheit, einen bekannten, einflussreichen Stadtverordneten betreffend, zur Sprache. Angeregt wurde die Sache durch unsern Parteigenossen Kohn. Er stellte fest, daß nach Umfrage in der socialdemokratischen Fraktion niemand sei, der mit diesem Krinkel gewieint sein könnte, und fragte an, ob in der Fraktion der „Neuen Linken“ die Angelegenheit zur Sprache gekommen sei. Der Stadtverordnete Hammerstein erklärte für die Fraktion der „Alten Linken“, niemand zu kennen, auf den die erhobenen Vorwürfe zuträfen. In gleicher Weise äußerte sich Herr Dr. Rathen.

Stadtverordnete von der „Neuen Linken“ als auch Dr. Barth von der „Alten Linken“ erklärten, unter ihren Fraktionskollegen keinen zu kennen, auf den die von der „Welt am Montag“ gebrachten Mitteilungen zuträfen. Im Uebrigen sei es aber wünschenswert, wenn der in weiteren Kreisen unter der betreffenden Adresse in der „Welt am Montag“ schreibende bekannte Parteiführer aus seiner Anonymität heraustrete. Der Vorsitzende der Wähler-Versammlung, Herr Ullmann, fährt zum Schluß aus: Die Stimmung der Anwesenden geht dahin, daß zunächst die Angriffe der „Welt am Montag“ auf den hier in Frage stehenden Stadtverordneten Blätsche keinen Bezug haben und die Versammlung ist überzeugt, daß entsprechend den Ausführungen der hier anwesenden Stadtverordneten der zwei liberalen Fraktionen die Angelegenheit im Schoß der Stadtverordneten-Versammlung gebührende Würdigung und Untersuchung erfahren wird.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Offen a. d. R., 9. Oktober. (W. T. B.)** Auf einem Anbau des hiesigen Krankenhauses stürzten heute infolge Leiterbruchs 6 Arbeiter ab. Sie wurden sämtlich verletzt, drei von ihnen schwer.

**Artern, 9. Oktober. (W. T. B.)** Nach amtlicher Meldung fuhr in Haltestelle Reindorf heute mittag zwischen 1 und 2 Uhr der Schnellzug Erfurt-Magdeburg auf einen durch den Sturm auf das Hauptgeleise getriebenen Güterwagen. Letzterer wurde zerschmettert, die Lokomotive des Schnellzuges stark beschädigt. Personen sind nicht verletzt worden, auch ist die Betriebsführung bereits beieitigt.

**Bayenburg, 9. Oktober. (W. T. B.)** Wie die „Ems-Zeitung“ berichtet, entstand heute nachmittag in der elektrometallurgischen Fabrik in einem Trockenraum durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters Feuer, das sich sofort über den gesamten Raum ausbreitete. Von 14 in dem Trockenraum beschäftigten Arbeitern wurde einer als Leiche und völlig verkohlt aufgefunden; ein zweiter ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Die andern zwölf Arbeiter sind schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Der Brand ist gelöscht.

**Kapstadt, 9. Oktober. (W. T. B.)** Heute nachmittag ist das Kriegsschiff in Stadt und Bezirk Kapstadt, auf der Kap-Halbinsel, in Port Elizabeth und East London erklärt worden. Für die Kapkolonie ist ein Besonderegericht von drei Personen eingesetzt, zu dem der Gouverneur, der Premierminister und der General je ein Mitglied ernennen.

**New York, 9. Oktober.** Ein Telegramm aus Tokio meldet: Als der englische Dampfer „Luito“ am 27. September seinen Ankerplatz bei der Morroinsel verließ, um sich nach Tumaco (Columbien) zu begeben, feuerten Injurienten mehrere Schüsse nach dem Bug des Schiffes. Eine Kugel traf das Schiff oberhalb der Wasserlinie; sonst wurde das Schiff wenig beschädigt. Kurz darauf verließ das englische Kriegsschiff „Jarns“ Panama. Der Bestimmungsort ist unbekannt, vermutlich ist es Tumaco.



### Die Berliner Parteiverfassungen.

Nachdem wir gestern kurze Mitteilungen über den Verlauf der am Dienstag abgehaltenen Parteiverfassungen gebracht haben, lassen wir heute die nachstehenden ausführlichen Berichte folgen.

#### Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises

Nach dem Bericht der Parteigenossen des ersten Wahlkreises. Nach dem Bericht des Vertrauensmannes Ehr. Bohn betragen die Einnahmen inklusive des alten Bestandes von 733,61 M. insgesamt 3817,02 M. Die Ausgaben betragen: an die Parteikasse 1600.— M., an die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg 200.— M., für Agitation im Kreis 1090,75 M., für Drucksachen 688,50 M., insgesamt 3549,25 M., so daß ein Bestand von 267,77 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von der Revisionskommission als richtig bestätigt und auf deren Antrag den Vertrauensmännern einstimmig die Entlastung erteilt.

Den Bericht über die Tätigkeit der Preßkommission erstatteten die bisherigen Mitglieder D. Scheusch und A. Taterow. Sie verwiesen darauf, daß der „Vorwärts“ einen erheblichen Lebensschwung erzielt, daß die Abonnentenzahl im verflochtenen Geschäftsjahr um mehr als tausend gestiegen ist und daß wiederum verschiedene Verbesserungen vorgenommen werden konnten. Allerdings konnten bisher nicht alle Wünsche der Parteigenossen berücksichtigt werden. Insbesondere ist das täglich zweimalige Erscheinen des „Vorwärts“ recht wünschenswert, aber erst dann möglich, wenn die hierzu notwendige materielle Grundlage geschaffen ist.

Eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt und wurde nur über nachstehenden, von F. Wegener eingebrachten Antrag verhandelt: Die Versammlung des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises beauftragt die neu gewählte Preßkommission dahin zu wirken, daß die Verichterstattung des Parteiorgans „Vorwärts“ nur aus den Reihen der sich hierzu eignenden tätigen Genossen entnommen werden und daß Personen, welche in ihrer Gewerkschaft befohlene Beamter bekleiden, nicht mehr beschäftigt werden. Nachdem die Genossen A. Körsten, Taterow, Panasse und Kaliski gegen den Antrag gesprochen und darauf hingewiesen worden war, daß derselbe nicht durchführbar, weil der Redaktion dann zu wenig für die Verichterstattung geeignete Genossen zur Verfügung ständen, wurde der Antrag mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt, aber sodann beschloffen, denselben der Preßkommission als Material zu überweisen.

Dem Bericht des Genossen Lucht über die Tätigkeit der Lokalkommission war zu entnehmen, daß in letzter Zeit auch im ersten Kreise drei neue Lokale für die Parteigenossen freigegeben werden konnten.

Darauf wurden die Neuwahlen vorgenommen, deren Resultat wir bereits gestern mitteilten. Sämtliche Wahlen wurden einstimmig und ohne Debatte vollzogen, nachdem u. a. die Genossen Bohn und Taterow eine Wiederverwahl abgelehnt hatten.

Ueber die Verhandlungen der Brandenburgischen Parteikonferenz berichteten die Genossen Strehl und Panasse. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Den Bericht über den Parteitag in Lübeck erstattete Genosse Bohn. Er verwies darauf, daß dem Genossen Bernstein insbesondere deshalb berechtigte Vorwürfe gemacht worden sind, weil derselbe in nichtsozialdemokratischen Versammlungen gegangen und dort Kritik an dem Sozialismus geübt hat. Eine Partei wie die sozialdemokratische, die täglich im Kampfe mit den Gegnern steht, muß ein festes Fundament besitzen. Bernstein hat sich keinerlei Schranken auferlegt, er hat fortgesetzt nur kritisiert und damit auch die Agitation, da seine Äußerungen von den Gegnern in jeder Weise ausgenutzt wurden, bedeutend erschwert. Er hat sich auch die Zuhörer der Gegner ruhig gefallen lassen, anstatt sich energisch dagegen zu wenden, wie dies von andern Genossen geschehen ist. Hoffentlich wird Genosse Bernstein sein gegebenes Versprechen halten und sich die notwendigen Reserve auferlegen und so wie früher eine erprießliche Tätigkeit im Interesse der Partei entfalten. Der Redner schilderte sodann die Einzelheiten, die auf dem Parteitag über die Accordmaurerangelegenheit mitgeteilt wurden, und gab der Meinung Ausdruck, daß der Beschluß des Parteitages auch in dieser Sache ein sehr befriedigender ist und daß die Partei jedenfalls nicht die Aufgabe haben kann, dem Willen der Gewerkschaften blindlings zu folgen. Lebhaft kritisierte Genosse Bohn das Verhalten der Genossen im badischen Landtage, die durch ihre Zustimmung zu dem Gesamtbudget einer Regierung, und noch dazu einer solchen wie der badischen, die sich gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und für die Justizhausvorlage ausgesprochen hat, ein Vertrauensvotum ausgestellt haben. Es ist zu erwarten, daß die Aussprache auf dem Parteitage wenigstens soviel genügt hat, daß derartige Seitenirrtümer von Sozialdemokraten in Zukunft unterlassen werden. Nachdem der Redner noch über die Erledigung der weiteren Tagesordnung ausführlich berichtet hatte, verwies er darauf, daß die Verhandlungen im allgemeinen einen recht günstigen Abschluß gefunden haben.

In der Diskussion verwies Körsten darauf, daß die Accordmaurerangelegenheit nicht durch die Hamburger Maurer-Organisation, sondern erst durch das Eingreifen des Genossen Rosenbluth an das Parteischiedsgericht und dann an den Parteitag zur Entscheidung gekommen ist. Der Termin für das Schiedsgericht hätte müssen zu einer Zeit anberaumt werden, in der es den Genossen Legien und v. Ein möglich gewesen wäre, an den Verhandlungen teilzunehmen. Der Schiedsspruch hätte dann vielleicht anders gelaute, zumal im Fall Dahl der Streikbruch der Accordmaurer nachgewiesen und diese Tatsache auch von Kuer nicht wiederlegt worden ist. Die Vernehmlichkeitsdebatte habe viel Geschrei und wenig Wille ergeben und sie sei teilweise, nachdem sich der Parteitag in Hannover mit der Sache beschäftigt hat, überflüssig gewesen. Wenn mit allen andern Parteigenossen ebenso verfahren würde, so würden derartige Debatten überhaupt kein Ende nehmen. Der Redner, der das Verhalten der Genossen im badischen Landtage ebenfalls verurteilt, fährt dann an, daß auf dem Parteitage verschiedene Fälle mitgeteilt worden sind, in denen die Budgetbewilligung sehr nachteilig wirken würde und daß vielleicht diese Frage in nächster Zeit anders als diesbeimal behandelt werde. Genosse Körsten teilt sodann berichtend mit, daß er in der vorigen Parteiverammlung nicht gefaßt habe, daß wenn der Schiedsspruch nicht aufgehoben wird, es noch dahin kommen werde, daß die Gewerkschaften eigene Kandidaten zum Reichstags aufstellen, sondern er habe nur auf die Konferenz im Kreise Offenburger-Dieburg verwiesen, auf der ein solcher Gedanke ausgesprochen worden ist.

Genosse Opyel erinnert daran, daß die angenommene Resolution bezüglich der Budgetbewilligung die Ausnahmefälle genügend berücksichtigt. Bernstein habe seine Kenntnisse nicht so wie andere Genossen im Interesse der Partei verwendet, sondern nur immer Angriffspunkte für seine Kritik gesucht. Genosse Kaliski, der die Vorkommission in Baden einer scharfen Kritik unterzogen und sich insbesondere gegen die Auslassungen des Genossen Heubrich wandte, fährt an, daß es bisher überhaupt keinen Bundesstaat gibt, der das Vertrauen der Arbeiterklasse verdient, und daß die Sozialdemokratie nicht die geringste Veranlassung hat, für das Budget zu stimmen. Der Redner bemängelt dann in längeren Ausführungen das bisherige Verhalten des Genossen Bernstein und gab der Meinung Ausdruck, daß die sogenannte Bernsteinfrage auf den vorigen Parteitagen nicht genügend erledigt worden ist und deshalb auf diesem Parteitag, der nun auch eine glückliche Lösung gefunden hat, verhandelt werden muß. In seinem Schlußwort wandte sich Genosse Bohn noch gegen die Budgetbewilligung mit dem Hinweis, daß unsere Vertreter in den Parlamenten nur verpflichtet

sind, so weit wie möglich für die Interessen der Bevölkerung einzutreten, ohne Rücksicht darauf, was die Regierung machen will. — Damit war die Diskussion beendet, irgend welche Beschlüsse wurden nicht gefaßt, doch erklärten sich alle Redner mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden.

#### Zweiter Wahlkreis.

Die Versammlung nahm zunächst den Bericht des Vertrauensmannes Scholz entgegen. Im Berichtsjahre ist die Agitation lebhaft gefördert worden. Der Kampf gegen den drohenden Brotwucher wurde energisch aufgenommen. Die beiden Flugblätter gegen die Lebensmittelvertenerer wurden in einer Anzahl von 102 000 und 101 000 Exemplaren im Kreise verbreitet und die Petitionslisten in Umlauf gesetzt. Die Stadtviertel-Versammlungen, die der Wahlverein ins Leben gerufen hat, haben sich bewährt und die Eingkeit in der Partei gefördert. Die Streitigkeiten um die Organisationsform sind beseitigt, so daß Mann für die Erörterung wichtiger Parteifragen gewonnen wurde. Die Vorbereitungen zu den am 6. November stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen, an denen der Kreis in drei Bezirken beteiligt ist, sind kräftig in die Hand genommen worden. Die Gesamteinnahmen des Kreises belaufen sich auf 9090,68 M., die Gesamtausgaben auf 8750,19 M., so daß am 15. September ein Bestand von 280,79 M. in der Kasse der Vertrauensmänner vorhanden war. Unter den Ausgaben befinden sich 3075 M. an den Parteivorstand, 1000 M. an die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, 250 M. Beitrag zur Agitation im Kalau-Ludau-Kreis und 55 M. für Wahlpropaganda im Kreise Westhavelland.

Ohne Debatte wurde dem Vertrauensmann hierauf die vom Revisor Lucht beantragte Decharge erteilt.

Den Bericht der Preßkommission erstattete Käthe. Die Entwicklung des „Vorwärts“ ist erfreulich. Die Leistungen der Redaktion verdienen durchaus Anerkennung. Beschwerden über die prinzipielle Haltung des Blattes gelangten überhaupt nicht an die Preßkommission. Die übrigen Beschwerden waren unerheblicher Art und wurden zur Zufriedenheit für alle Teile erledigt. Der „Vorwärts“ ist inhaltlich auch nach der Seite der Aktualität hin jetzt unstrittig das beste deutsche Parteiblatt. Ueber die taktische Haltung des „Vorwärts“ in der Müllerand- und Bernsteinfrage haben wiederholt Erörterungen in der Preßkommission stattgefunden. Das muß betont werden, weil Gebels Auftreten in Lübeck den Eindruck hervorgerufen könnte, als hätte es erst dieses Alarmrufes bedurft, um die Preßkommission zu wecken. Wenn ein früheres Preßkommissions-Mitglied geäußert hat, es scheine ihm, als ob gewisse Stellen die Absicht hätten, der Preßkommission den Boden unter den Füßen wegzuziehen, so fehlt jeder Grund für diese Vermutung. Im Gegenteil: die Kompetenzen der Preßkommission sind vollkommen ausreichend, sofern sie es nur versteht, sie wahrzunehmen. Dazu gehört freilich, daß Genossen in diese Körperschaft gewählt werden, die zu diesem Amt qualifiziert sind.

Auch an diesen Bericht schloß sich keine Debatte, ebenso wenig an den Bericht der Lokalkommission, den Lehmann erstattete.

Es folgten die Wahlen, deren Ergebnis schon mitgeteilt ist. Hierbei erklärte der Vertrauensmann Scholz: Wenn ich wieder das Amt annehme, so tue ich es in der Überzeugung, daß ich mich in meiner Tätigkeit nur auf die Parteigenossen stützen kann. Die Vertrauensleute dürfen nicht angesehen werden als diejenigen, die die Arbeit allein zu machen haben. Ist es doch schon so weit gekommen, daß in einem Berliner Kreise von der Diktatur der Vertrauensleute gesprochen werden konnte. Davon kann gar nicht gesprochen werden. Unsere ganze Tätigkeit beruht auf der Unterstützung, die uns die Parteigenossen zu teil werden lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg berichtete Zinke. Neben der allgemeinen schilderte er die besondere Tätigkeit, die in den beiden Berlin II zugewiesenen Kreisen Nüterbog-Ludowalde und Kalau-Ludau entfaltet worden ist. Während Nüterbog-Ludowalde die Agitationskosten selber trägt, bedarf Kalau-Ludau fortgesetzt der Unterstützung. Eine richtige Arbeit ist zu leisten. Sind doch in Senftenberg von 10 000 Vergarbeits erst 200 organisiert. Aber der Kreis ist ausrichtsvoll und muß erobert werden.

Als Mitglied der Agitationskommission wurde Zinke hierauf einstimmig wiedergewählt.

Nach einem kurzen Bericht, den Lthe über die Brandenburgische Provinzialkonferenz gab, besprach Käthe knapp und wirksam die markantesten Ereignisse des Lübecker Parteitages, die Lübecker-Debatte, die Bernstein-Debatte und den „clou des Parteitages“ (Heiterkeit), die Accordmaurerfrage. Die Nervosität mancher Genossen über die Wiedereinführung geschlossener Sitzungen ist nicht recht zu begreifen. Es liegt kein Anlaß vor, in Zukunft von den geschlossenen Sitzungen abzuzehen. Schon diesmal hätten manche Teile der Literaturdebatte besser in der geschlossenen Sitzung erörtert werden sollen, während manches, was in geschlossener Sitzung besprochen worden ist, durchaus in die Öffentlichkeit gehört. Es macht doch einen peinlichen Eindruck, wenn hervorragende Politiker in der Öffentlichkeit Abbitte für unwürdige Äußerungen ablegen müssen. Ist man unter sich, so regelt sich das viel leichter. Mit dem Verlaufe der Bernstein-Debatte kann man ja zufrieden sein. Wir alle hatten den Wunsch, den Mann uns zu erhalten, aber so, wie wir ihn brauchen können, nicht so, wie er den Gegnern lieb ist. Das ist deutlich zum Ausdruck gekommen und Bernstein will die Konsequenzen ziehen. Die Hamburger Angelegenheit ist zu unserer aller Befriedigung ausgeglichen worden, trotz des Schrens und Hetzens gewisser Leute, die die Spannung, die selber zwischen Partei und Gewerkschaften besteht, auszunutzen wollten zur endgültigen Sprengung. Wir haben uns überzeugt, daß die Beschränkungen über einzelne Gewerkschaften nicht zutreffen, daß sie doch gute Parteigenossen sind, wenn sie auch in der Wahl der Mittel nicht immer glücklich waren. Bedauerlich ist die Annahme der Resolution Bernstein (102), die zu den übrigen Beschlüssen in der Accordmaurerfrage wie die Faust aufs Auge paßt. Aus ihr heraus, die ohne gründliche Erörterung von einer kleinen Zufallsmehrheit angenommen wurde, können der Partei leicht Schwierigkeiten erwachsen. Sie müßte dann auf dem nächsten Parteitag wieder beseitigt werden. — Das Referat über die Wohnungsfrage kam leider zu kurz. Der Vorschlag Reiss in der „Schwäb. Tagewacht“ ist deshalb sehr beachtenswert, die Hauptreferate an den Eingang der Tagesordnung zu stellen. Leider ist wieder in der Rinderheit geblieben, die freilich gegen früher sehr gewachsen ist. Vieles steht sie aber der Parteivorstand doch noch einmal auf die Tagesordnung.

Redner fuhr sein Urteil über den Parteitag so zusammen: Die Verhandlungen haben uns voll auf befriedigt. Einiger und geschlossener denn je steht die Partei da. Alle, die in hüligen Debatten miteinander gerungen, haben sich zusammengefunden in der belamten Parole: Vorwärts! (Bravo!)

In der Debatte drückt Kuer seine Unzufriedenheit darüber aus, daß alle Jahre diese theoretischen Debatten wiederkehren, die nicht Debatten von Theoretikern, sondern Fäulereien seien. Bernstein kommt sich so groß als Theoretiker vor. Ist er es denn in Wirklichkeit? Die Ziele seines Gedankenganges lasse doch viel zu wünschenswert. Entlassungen seien ihm schon vor Jahren in der Debatte über Kolonialpolitik mit Belfort-Wag postiert. Er sollte in sich gehen und statt Theoretiker zu sein, lieber tätiger Parteigenosse werden. Man solle ihn in Berlin als Stadtverordneten aufstellen, oder ihm ein Reichstagsmandat verschaffen oder ihm einen Bezirk übergeben. (Auf: Er soll wohl Flugblätter austragen! Heiterkeit.) Er wohnt jetzt auf dem Dorfe, lassen Sie ihn nach Berlin kommen.

Als Stadtverordneter müßt er uns mehr, als er uns in den letzten Jahren genügt hat.

Genossin wünscht gleichfalls, daß die nächsten Parteitage sich etwas länger mit der Bernstein-Debatte befassen, weil für die praktischen Arbeiten zu wenig Zeit bleibe, z. B. für die wichtigen Finanzfragen.

Richard Fischer hält es für einen Fehler, daß die Besprechung des Parteitages immer an die letzte Stelle der Tagesordnung dieser Versammlungen gestellt werde. Wenn die eigentlichen Anträge der Parteigenossen so schlecht fortgekommen seien, wie Genossin meine, so liege die Schuld wohl an den Anträgen und ihrer Ueberflüssigkeit.

Von der Theorie sollte man doch nicht mit Geringschätzung reden. Unter den theoretischen Debatten hat auch die gründliche Erörterung der praktischen Fragen nicht gelitten. Konnte die Accordmaurerfrage gründlicher behandelt werden? Nur das Ueberflüssige mußte zurücktreten und solche Anträge, die nicht ernsthaft behandelt werden konnten. In solchen Anträgen fehlte es auch in der Bernsteinfrage nicht, so der Thüringer Antrag. Der Antrag Berlin VI wandte sich ganz allgemein gegen die Art der Agitation, die Bernstein betreibt. Ja, welche Agitation denn? Etwa seine Agitation gegen die Kornzölle, seine Reden hier bei uns, in Magdeburg? Der Reissche Vorschlag, die großen Referate vorwegzunehmen, ist ganz unpraktisch. Die Hauptfrage sind nicht die großen Referate, sondern daß alle Differenzen über Taktik und Programm, über die Tätigkeit unserer Vertreter im Reichstag, Landtag und Stemmene auf den Parteitagen geklärt und entschieden werden.

Redner nimmt Bernstein gegen Meyers Urteil in Schutz. In seiner Debatte mit Belfort-Wag stand die ganze deutsche Partei auf dem Standpunkt Bernsteins. Eine andre Frage ist: War es auf diesem Parteitage überhaupt notwendig, die Bernsteinfrage zum Gegenstand langwieriger Debatten zu machen. Ja meine: Nein. (Auf: Doch.) Der einzige Differenzpunkt seit seiner Rückkehr war der Vortrag im Studentenverein. Die Frage ist aber so verschoben worden, als hätte Bernstein überhaupt nichts weiter gesagt. Er ist aber mitten drin in der praktischen Partei-Agitation. Auch sollte ihm doch eine gewisse Karenzzeit bewilligt werden. War man zwanzig Jahre außerhalb Deutschlands, dann muß man den Boden erst wieder kennen lernen, dann kann man nicht sofort zu allen Fragen Stellung nehmen. — Doch die Vorkritik der Köpfe gewaschen haben, ist kein Unflut trotz des Beschlusses weicherziger Gemüter. Wir Sozialdemokraten reden mit einander fraktur. Wenn auch einer sich mal vergaloppiert und dann gezwungen ist, seine Worte zurückzunehmen, so braucht man darüber nicht in weinerliche Lamentationen auszubrechen. Darüber geht die Partei nicht zu Grunde.

Scholz erwidert Fischer, daß sein Wortwurf, die Debatte über den Parteitag käme immer zu kurz, gerade diesmal nicht berechtigt sei. Frisch sieht in der Annahme der Bernsteinschen Resolution 102 im Gegenzug zu Fülle durchaus nichts Bedenkliches. Der Pessimismus, als suchten einzelne Personen es zur Spaltung zwischen Partei und Gewerkschaften zu treiben, sei ganz unberechtigt. Die Beschränkung, daß die Centralisten die Resolution Bernstein gegen die Lokalkisten beantragen würden, habe keinen realen Boden. Gegen Bernstein sollte man nicht so lächerlich polemisieren, wie es hier geschehen ist. Wenn Bernstein, dem auf dem Parteitage hart mitgespielt worden sei, Mannes genug war, seine Erklärung abzugeben, so müsse man das freudig anerkennen.

Stadthagen: Der Resolution 102 kann leicht eine andre Deutung gegeben werden, als Bernstein sie will. Darum ist sie bedenklich. Wir fürchten, daß sie den Kampf zwischen Verbändlern und Lokalorganisierten verschärfen kann. Öffentlich täuschen wir uns darin. Die glückliche Verlegung der Streitigkeiten in der Accordmaurerfrage ist das erfreulichste Ergebnis des Parteitages. Die Bernstein-Debatte ist nicht zu Unrecht aufgerollt worden. Man mag über Bernsteins Ansichten denken, was man will, jedenfalls ist er persönlich ein Mann von seltener Ueberzeugungstreue und Aufrichtigkeit. Um so wertvoller ist seine Erklärung und es war etwas Erhebendes, als er sie nach der Annahme der Hebelischen Resolution abgab.

Kuer: Der Lübecker Parteitag hat praktische Arbeit geleistet. Auch die Bernsteinfrage hat dort ihre Erledigung viel weniger in theoretischer, als in praktischer Hinsicht gefunden. Theoretische Erörterungen hatten wir in Hannover. In Lübeck aber handelte es sich darum, einen praktischen Weg zu finden, bei dem alle Interessenten zu ihrem Rechte kommen. Der allgemeine Jubel, der nach der Erklärung meines Freundes Bernstein ausbrach, ist ein Beweis dafür, daß wir alle glauben, das Richtige gefunden zu haben. Ja bin überzeugt, daß wir diesmal die letzte Bernstein-Debatte gehabt haben. Wir verlieren nicht, wenn wir in Zukunft nicht mehr damit befaßt werden. Es ist der Wortwurf erhoben, die Verhandlungen über den Bericht des Parteivorstandes seien zu breit gewesen. Ich habe diese Empfindung nicht. Dieser Bericht umfaßt die Jahresrückmeldung der Partei. Wenn über einzelne Fragen Differenzen entstehen, dann ist der Parteitag da, um eine Verständigung herbeizuführen. Dieser Ausgleich ist auch in der Accordmaurerfrage erzielt worden. Es ist uns auch da gelungen, für absehbare Zeit ein solches Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu schaffen, daß beide Bewegungen, deren Gedröben von höchster Wichtigkeit für die Arbeiterklasse ist, nun wieder in Ruhe und Frieden neben und mit einander wirken können. Der Lübecker Parteitag hat gute Arbeit gemacht. Diesen Eindruck nahm ich aus Hannover nicht mit fort; da lag noch ein Nachgewitter in der Luft.

Redner hält es für eine unglückliche Gewohnheit, die Tagesordnung des nächsten Parteitages schon auf dem vorhergehenden zu belassen. Die geschlossenen Sitzungen müßten beibehalten werden, obwohl die erste Probe nicht sehr verlockend ausgefallen sei. Der Vorschlag sei von vornherein auf so viel Widerspruch gestossen, daß der Vorstand mit der Möglichkeit der Ablehnung bare rechnen müssen und die geschlossene Sitzung nicht so gründlich vorbereitet habe, wie es erforderlich gewesen wäre. Dieser Umstand habe mit dazu beigetragen, daß die Erwartungen, die an die geschlossene Sitzung geknüpft wurden, diesmal nicht erfüllt worden sind. Eine weitere Folge der Abneigung gegen geschlossene Sitzungen war die fälschlich falsche Einschränkung der Verhandlungen in ihr auf einen ganz engen Kreis von Gegenständen. Jeder müßte dort vorbringen können, was er auf dem Herzen hat. Der Parteitag sollte nicht so sehr über große allgemeine Fragen lange diskutieren, als vielmehr das praktische Verhalten der Partei kontrollieren. Sobald große Angelegenheiten auf das Niveau der „Reinmünzten-Debatte“ gebracht werden, verlieren sie. Bittere Klagen über die Haltung der „Neuen Zeit“ sind laut geworden, die, wenn sie auch im einzelnen zu weit gingen, im „allgemeinen“ durchaus begründet waren. Wir sind nach und nach dazu gekommen, daß eine große Reihe tüchtiger jüngerer und auch älterer Parteischristen sich schmelzend von der „Neuen Zeit“ abgewandt haben und sich einer andern Zeitschrift zuwenden, die, wenn sie auch der Partei durchaus freundlich gegenübersteht, doch nicht als Parteiorgan gelten kann. Das ist eine sehr unerfreuliche Tatsache. Und wenn hierin nach Lübeck ein Wandel eintreten würde, so wäre das nur zu begrüßen.

Nachdem noch Roman kurz gegen Fischer polemisiert und sich Fülle mit einer persönlichen Bemerkung gegen Frisch gewandt hatte, schließt der Vorsitzende die Versammlung mit der Mitteilung, daß am Sonntagmorgen eine Flugblattverbreitung für die Kommunalwahlen stattfindet.

Das neugewählte Lokalkommissionsmitglied heißt nicht, wie irrtümlich gestrigen Bericht steht Palinske sondern Polenske.



In der Versammlung des dritten Wahlkreises

erklärte zunächst Genosse Koch als Vertrauensmann Bericht. Wir entnehmen daraus, daß sich die Einnahmen, abgesehen von den Beiträgen für das Liebfleisch-Denkmal, auf 7163 M. die Ausgaben auf 6908 M. beliefen. Ohne Debatte wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt.

Der Bericht der Preßkommission gab Anlaß zu einer Erweiterung über die Gehälter der „Vorwärts“-Redacteurs. Während die Mitglieder der Preßkommission Ladewig und Mahle die jetzigen Gehälter für ausreichend erklärten und namentlich Mahle es als unmöglich bezeichnete, zur Zeit, wo die Ueberflüsse des „Vorwärts“ so geringe seien (Jahresumsatz: 55 000 M.), an eine Gehaltserhöhung zu denken, trat Fröhlich für die Forderungen der Redacteurs ein und ersuchte die neuen Vertreter in der Preßkommission, mit aller Energie darauf zu dringen, daß die bescheidenen Forderungen derselben bewilligt werden.

Im Anschluß an den Bericht der Lokalkommission ersuchte Scheffler, Mitglied des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, die Genossen um eine regere Unterstützung seiner Kollegen im Kampf gegen das Unternehmertum.

In dem von Dimmid gegebenen Bericht der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg sind besonders interessant die Mitteilungen des Referenten über die Schweißkreise in der Provinz. Der Kreis Sorau-Horst ist so gut organisiert, wie wir es uns selbst nur wünschen können, er brauche keine Unterstützung durch Berlin. Rottbus-Spremberg habe sich in letzter Zeit in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht sehr verbessert. Der Kreis Guben-Elbböden werde wohl noch lange das Schmerzenskind bleiben, immerhin sei aber hier das politische Leben reger geworden; in Orten, wo bisher Versammlungen unmöglich waren, stehen uns jetzt Lokale zur Verfügung. Frankfurt-Lebus endlich sei gut organisiert, ausgenommen einige Orte, die Berlin zunächst liegen. Die Genossen dieses Kreises tragen sich mit dem Gedanken, lediglich für die ländlichen Bezirke einen Wahlverein ins Leben zu rufen. Eine Diskussion schloß sich an den Bericht nicht an.

Der Bericht von Vohl über die Provinzialkonferenz veranlaßte den Genossen Cohen zu einer scharfen Kritik der von der Agitationskommission versandten Fragebogen über die Verhältnisse der Landarbeiter. Harndt und Dimmid traten dem Redner entgegen und betonten, daß das Vorgehen der Agitationskommission bereits gute Erfolge gezeitigt habe.

In die Berichterstattung über den Lübecker Parteitag teilten sich Wättner, Ladewig und Dimmid. Wättner, der über den Geschäftsbericht, den Kassenbericht und die Presse referierte, erklärte, das Resultat der Versammlung mit Freuden begrüßen zu können. Ladewig verweilte besonders bei der Angelegenheit der Hamburger Accordmurer. Wenn auch auf dem Parteitage die Gemüter heftig aufeinandergeplagten, so habe sich doch auf allen Seiten der Wille gezeigt, die Sache beizulegen. Dimmid sprach sein Bedauern darüber aus, daß die so wichtige Wohnungsfrage nicht so behandelt werden konnte, wie sie es verdiente.

Erster Diskussionsredner erklärte sich Albold mit dem Ergebnis des Parteitages nicht einverstanden. Bericht hätte aufgefodert werden müssen, die Kreise namhaft zu machen, die keinen Fennig abgeführt hätten. Die Berliner müßten mal bis auf weiteres kein Geld mehr abliefern. Aus diesem Grunde beantragte Redner seine bereits mitgeteilte Resolution. Zu bedauern sei es, daß das Gezügel der Litteraten uns so lange aufgehalten habe. (Sehr richtig!) Der Inhalt der Resolution Heine, die die Delegierten des dritten Kreises wahrscheinlich um der schönen Augen Heines willen unterschrieben hätten, entsprechen nicht den Anschauungen der Genossen des dritten Kreises. (Zustimmung und Widerspruch) Die Resolution Vernstein in der Accordmurer-Frage werde viel Unheil stiften und den Streit um die Organisationsform von neuem anfachen. Er beantragte: Die Genossen des dritten Kreises legen Protest ein gegen die Annahme der Resolution 102, die nur Oader und Jüritertrud in die Partei und die Gewerkschaften trägt. Die Genossen sind davon überzeugt, daß durch die einstimmige Annahme des Antoges Webel die Resolution Vernstein als erledigt zu betrachten ist. Unzweifelhaft hebt der Antrag Vernstein den Antrag Webel wieder auf.

Harndt ist gleichfalls der Meinung, daß die Delegierten den Intentionen des dritten Kreises besser entsprochen hätten, wenn sie nicht für die Resolution Heine, sondern für die Resolution Webel eingetreten wären. Gewundert habe er sich, daß Heine sich so für Herrn v. Gerlach ins Zeug gelegt habe. (Lärm: Ist ja sein Freund!) Wättner erwidert um Ablehnung der Resolutionen Albold und verteidigt die Abstimmung der Delegierten. Ritter ist mit dem Ausgang des Parteitages zufrieden. Die Resolution Vernstein treffe das Richtige; er bedauere nur, daß die Majorität dafür so gering gewesen. (Hört hört!) Vernstein habe sich gegen jede Sonderbehandlung erklärt, und das müsse man als Politiker und Gewerkschaftler thun.

Abg. Heine: Zunächst ein Wort darüber, weshalb ich aufgetreten bin gegen die Schimpfworte, die Stadthagen gegen Gerlach richtete. Ob ich den Ausdruck „Schimpfwort“ für angemessen halten will oder nicht, ist meine rein persönliche Sache. Ich hätte mich vorher sachlich so scharf gegen Gerlach ausgesprochen, wie man es nur irgend thun kann, aber ich konnte es trotzdem nicht für angemessen erachten, wenn Stadthagen sich erlaubte, mir vorzuhalten, wie ich mit solchem „Schimpfwort“ verfahren könnte. Nun zur Vernstein-Frage. Die Genossen, die den Delegierten vorwerfen, daß sie um meiner schönen Augen willen die Resolution 108 unterschrieben haben, kennen nicht die Thatfachen und scheinen auch die Resolution 108 nicht zu kennen. Als ich meine Resolution in Umlauf setzte, legte ich sie auch Webel vor. Dieser sagte, er habe an sich gegen meine Resolution nicht das geringste einzuwenden, er wünscht aber, daß die Haltung Vernsteins den Gegnern gegenüber scharfer betont würde. Wäre es vorher gelungen, eine Verständigung herbeizuführen, so würden wir wahrscheinlich eine gemeinsame Resolution verfaßt haben. Stünde in meiner Resolution irgend etwas, von dem ich sträuben müßte, daß es der Stimmung des Kreises nicht entspricht, so wäre ich der letzte gewesen, der die Delegierten um ihre Unterschrift gebeten hätte. Was besagt denn meine Resolution? Doch ausdrücklich, daß der Parteitag auf dem Boden des Hannoverischen Beschlusses stehe und keine Veranlassung hat, davon abzuweichen. Durch meine Resolution habe ich zum Ausdruck bringen wollen: Weg von dem theoretischen Gezän, weg vom Druckpapier, heran an die praktische Arbeit! In der Angelegenheit der Accordmurer habe ich die Resolution Vernstein nicht für praktisch befunden und dagegen gestimmt, weil ich glaubte, daß durch Annahme der Resolution Fikler die Sache genügend geklärt wäre und daß weitere theoretische Auseinandersetzungen darüber nur vom Uebel sind. So gefährlich, wie es nach ihrem Wortlaut scheinen könnte, ist die Resolution Vernstein nicht. Er hat sich sicher nichts Böses dabei gedacht, und die central-organisierten Gewerkschaften hier in Berlin werden nicht so leichtfertig und nicht so streitsüchtig sein, diese Resolution zu einer Answärmung des alten Streits zu benutzen. (Lärm: Abwarten!) Das Verhalten der Genossen auf dem Parteitag berechtigt mich zu dieser Hoffnung. Das Nebeneinanderbestehen der alten historischen Organisation in Berlin kann nicht als Sonderblindheit aufgefaßt werden. Ich hoffe, daß uns die Resolution Vernstein nicht hindern wird, einmütig praktisch weiter zu arbeiten. (Beifall.)

Nachdem Ladewig einige gegen die Delegierten gerichteten Vorwürfe entkräftet hatte, wurde die Debatte geschlossen. Die beiden Resolutionen Alboldt wurden abgelehnt.

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises hatten sich in Stechert's Präzedenz zahlreich versammelt. Aus den Berichten der Vertrauensleute E. Sogt, Böhm und Franke ist hervorzuhellen, daß ein Fortschritt zu verzeichnen ist, seitdem man die Organisation im Kreise in zwei Teile (Ost und Südost) zerlegt hat. Einschließlich eines früheren Bestandes von

811,81 M. betrug im Südosten die Jahressumme 17 083,16 M., die Jahresausgabe dagegen 15 735,87 M. An den Parteivorstand sind 10 000 M. abgesehen worden. 197,65 M. die für das Liebfleischdenkmal eingingen, sind in jene Summen nicht mit eingerechnet. Im Osten waren im Oktober 1900 fast 2000 M. vorhanden. Dazu kamen im laufenden Geschäftsjahr 19 000,81 M., so daß die Gesamtsumme 19 287,17 M. betrug. Ausgegeben wurden 18 680,39 M., wovon 10 600 M. dem Parteikassierer zufließen. — Auf Antrag der Revisoren wurde den Vertrauensleuten Decharge erteilt.

An den Bericht über die Thätigkeit der Preßkommission, den Genosse P. Hoffmann erstattete, schloß sich eine Debatte über die vom Genossen Heinrich aufgeworfene Frage, weshalb die Annonce des Wählkreises im „Vorwärts“ aufgenommen worden sei. Paul Schneider, bisher Mitglied der Preßkommission, antwortete dem Fragesteller, es handle sich hier lediglich um eine Geschäftsanzeige, die zurückzuweisen man keinen Grund habe. Die Parteigenossen würden nicht aufgefordert, dort zu kaufen, und ihr gesunder Sinn werde sie auch davor bewahren. — Adolf Hoffmann: Er halte die Aufnahme der Annonce für sehr bedauerlich. In den „Vorwärts“ dürften Inserate nicht aufgenommen werden die im redaktionellen Teil zur gleichen Zeit energig bekämpft würden. Eine ganze Reihe Frauen hätten sich irreführen lassen. — Im selben Sinne äußerte sich Reuendorf, und Paul Hoffmann gab als Mitglied der Preßkommission der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Mehrheit der Kommission, wenn zur fraglichen Zeit eine Sitzung gewesen wäre, gegen den Abdruck der Annonce Stellung genommen hätte.

Den Bericht über die Arbeiten der Lokalkommission erstattete Genosse Karl Scholz und über die Provinzialkonferenz berichtete Genosse Vader. Eine Diskussion darüber wurde nicht beliebt.

Die Neubesezung der Parteiamter ergab das bereits gestern mitgeteilte Resultat.

Es folgte nun die Berichterstattung über den Parteitag. Die Delegierten Gese, Vasner und Adolf Hoffmann beschränkten sich im wesentlichen darauf, in großen Umrissen ein Bild von den Verhandlungen zu geben. Vasner betonte, daß in Sachen des Hamburger Accordmurerstreiks die Entscheidung zur Zufriedenheit der Partei wie der Gewerkschaften ausgefallen sei. Nur die dazu noch von Vernstein beantragte und vom Parteitag auch angenommene Resolution wäre besser unterblieben, denn dieser Beschluß wäre geeignet, allerlei Streitigkeiten Thor und Thür zu öffnen. Er wünschte, daß die totor Buchstabe bleiben möge. Adolf Hoffmann bezeichnete jene Resolution auch als einen zwar nicht gewollten, aber doch argen Mißgriff. Das Streitgebiet könnte auf Grund derselben leicht nachher verlegt werden. Man möge sich nur den Ausdruck „Sonderorganisation“ vor Augen halten. Was die geschlossene Sitzung des Parteitages angehe, so werde deren Verlauf uns wohl vor der Wiederholung eines solchen bewahren. Daß einige Provinzialblätter finanziell recht schlecht stünden, hätte jedermann auch aus dem Bericht des Parteivorstandes entnehmen können. Mit dem Ausgang der Vernsteindebatte könne die Partei durchaus zufrieden sein. Der Antrag des vierten Wahlkreises, festzustellen, wie weit die Centralverbände berechtigt wären, die Beschlüsse der Partei bezüglich der Maßfeier zu hinterzählen, sei zwar gut gemeint, aber nicht annehmbar gewesen. Das Gesamtergebnis des Parteitages sei ein gutes. — Frau Gubela sprach sich als erste Diskussionsrednerin dagegen aus, daß sich die Frauen in Berlin jetzt selber ihre Delegierten wählen müßten. Die Frauen wünschten eine engere Fühlung mit den Genossen. — Genosse Gröppler (Maurer): Er sei mit den Beschlüssen des Parteitages, auch mit dem bezüglich der Hamburger Accordmurer, einverstanden, indessen müsse er dabei bleiben, daß es sich tatsächlich um Streikbruch gehandelt habe. Er hoffe, daß auf dem nächsten Parteitage der Ton ein besserer sein möge als diesmal, wo sich gerade die gebildeten Genossen am meisten gegen den guten Ton verhalten hätten. Genossen Leonhard, der ebenfalls zum Accordmurerstreik sprach, habe die Verhandlungen in dieser Sache wenig befriedigt. Er polemisierte besonders gegen Auer's Ausführungen, wonach die Accordmurer Hamburgs berechtigt gewesen sein sollen, sich eine besondere Organisation zu gründen. Adolf Hoffmann, sich an Frau Gubela wendend: Wenn heute die Wahl einer Delegierten vorzunehmen wäre, dann läme man wegen der geringen Zahl der anwesenden Frauen in Verlegenheit. Die Frauen müßten sich eben mehr an allen Veranstaltungen beteiligen und auch in den öffentlichen Parteiversammlungen zahlreicher erscheinen. Eine größere Berücksichtigung derselben bei der Wahl von Delegierten würde sich dann von selbst ergeben. — Zu den Klagen über den Ton auf dem Parteitage müsse er sagen, daß allerdings der ungebildete Arbeiter aus unsem Reihen sich nicht so ungeschickt und unhöflich ausgesprochen haben würde, wie es ein Parteigenosse that, der sonst vom Scheitel bis zur Sohle als Weltmann erscheine. Genosse Dong betonte seine Zugehörigkeit zur Lokalorganisation der Maurer und erklärte, es trotz dieser nicht ausbleiben zu können, daß Auer den Hamburger Accordmurer das Recht einer besonderen Vereinigung zugestanden habe. Diese Organisation sei eben nur gegründet worden, um die vom Centralverband aufgestellten Bedingungen zu hinterzählen. Mit der Erledigung der Angelegenheit ist Redner einverstanden.

Fast einstimmig wurde eine Resolution angenommen, worin sich die Versammelten mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärten und sich verpflichteten, mit allen Kräften für ihre Durchführung einzutreten.

Die Versammlung im fünften Wahlkreise war nur mäßig besucht. Dieselbe tagte im „Schweizer Garten“. Genosse Krenl als Vertrauensmann berichtete, daß er 4251,83 M. Einnahmen, 3956,99 M. Ausgaben, mithin einen Bestand von 294,84 M. zu verzeichnen gehabt habe. Die Decharge-Erteilung erfolgte einstimmig. Für die Preßkommission berichtet Friedländer. Für die Lokalkommission sprach Späth und für die Agitationskommission Koyke. Eine Debatte folgte den Berichten nicht.

Nach einem Referat des Genossen Vabiel über die Brandenburgische Provinzialkonferenz folgte der Bericht über den Lübecker Parteitag. Der Berichterstatter Koyke weist darauf hin, daß man diesen Parteitag das Prognostronum gestellt habe, daß er ein lebhafter und stürmischer würde. Darin hat man sich ja auch nicht gerade getäuscht; getäuscht aber haben sich diejenigen, die da glaubten, daß es diesmal ganz gewiß zu der schon so lange herbeigesehnten Sprengung der Partei kommen würde. Redner billigt den Beschluß des Parteivorstandes in Sachen der politischen Bewegung. Die politischen Genossen haben es sich selber zuguzurechnen, daß ihnen die Subvention des Parteivorstandes entzogen worden sei. In der Debatte über die Presse haben sich die Delegierten auf den von Webel präzisierten Standpunkt gestellt. Redner verweist des längeren bei dem sich an den Namen des Genossen Heine knüpfenden Zwischenfall auf dem Parteitage; derselbe wäre besser unterblieben, es sei das die peinlichste und unangenehmste Episode auf dem Parteitage gewesen. Was in der Frage der Budgetbewilligung von einzelnen Genossen gesagt worden sei, das übersteige so ziemlich alles, was man von parlamentarisch thätigen Genossen erwarten könne. Diejenigen Delegierten, welche die „Budgetbewilligung“ in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung den Berlinern vorgehalten haben, hätten sich gerade nicht mit Ruhm bedeckt, denn sie hätten aus vollkommener Unkenntnis der Sachlage gesprochen.

Ueber die Debatte der Hamburger Accordmurerangelegenheit berichtet Genosse Krenl. Die Frage sei jetzt so wenig geklärt, wie vor dem Parteitage. Beide Parteien hätten recht. Wenn der Verband der Maurer zur rechten Zeit nachgegeben hätte, dann hätte die Debatte nicht den heutigen Umfang angenommen. Er müsse dem Genossen Auer darin bestimmen, daß tatsächlich in Hamburg eine Clique bestehe, die es sich zur Aufgabe gesetzt habe, Gegenläufe zur Partei zu schaffen. Für die in dieser Angelegenheit angenommene

Die Versammlung im fünften Wahlkreise

Resolution hätten auch die Delegierten des Kreises gestimmt. Ihrem Auftrage, auf dem Parteitag dahin zu wirken, daß auch die Alkoholfrage auf die Tagesordnung gesetzt werde, seien die Delegierten ebenfalls nachgekommen. In der Person des Referenten Markwald hätten aber die Abstinenten keinen glücklichen Griff geübt; derselbe habe den Antrag in der denkbar unglücklichsten Weise vertreten. Bezüglich des Falles Lange haben die Delegierten des Kreises einen mangelhaften Stand gehabt, da Genannter sich als ein Mensch hingestellt habe, der von der Parteibewegung und Parteigeschäften gar nichts verstehe, wodurch die Genossen des fünften Kreises in den Verdacht geraten seien, ihre Vertrauensämter an gänzlich unfähige Personen zu vergeben. Redner habe das Halllohe der Ausführungen Langes nachgewiesen. Im ganzen könne man mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden sein.

In der Diskussion gab Genosse Weis seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Parteitag den Antrag des 5. Kreises: zum Koalitionsrecht Stellung zu nehmen, abgelehnt habe. Der Antrag sei geeignet gewesen, den Eindruck zu erwecken, als habe sich die Partei noch niemals mit dieser Frage beschäftigt. Bezüglich der geschlossenen Sitzungen ist der Redner der Meinung, daß dieser Beschluß der Partei nicht zum Vorteil gereichen wird. Man könne es doch nicht verhindern, daß diese geschlossenen Sitzungen behördlich überwacht werden und dann würde es wieder so kommen, wie früher, daß die Berichte über dieselben in bürgerliche Blätter lanciert werden. Und wenn dieselben dann entstellt wiedergegeben würden, dann seien die Parteigenossen nicht einmal in der Lage, dem entgegenzutreten zu können. Der Beschluß in der Angelegenheit der Accordmurer sei auch im Interesse der Partei zu begründen, da durch denselben dem Disziplinbruch doch etwas vorgebeugt sei. Die Verurteilung Heines gegen Parvus hätte viele Genossen die Fortschrittler ins Gesicht getrieben. Die höhere Bildung dürfe nicht dazu führen, den Parteigenossen gegenüber den Schulmeister zu spielen. Heine habe den Antisemitismus noch nicht völlig abgefreit, das beweise der Ton, in den er gegen einige Parteigenossen verfallen ist. (Beifall.)

Genosse Frankl ist mit verschiedenen Beschlüssen nicht einverstanden. In der Accordmurerfrage war ein anderer Beschluß nicht zu erwarten. In der Budgetfrage hätte der Antrag Singer zur Annahme gelangen müssen. In der Debatte über die Alkoholfrage erklärt er Redner für einen der Partei unwürdigen Zustand, daß kurz vor Schluß alle bis dahin nicht erledigten Fragen direkt durchgepeitscht werden. Aber die Anträge würden wiederkehren, bis sie angenommen sind.

Genosse Rud wendet sich gegen die Ausführungen Krenl in der Accordmurer-Frage. Genosse Kob. Schmidt: Die Beschlüsse des Parteitages können uns befriedigen, dagegen habe die Debatte vielfach einen lästigen Eindruck gemacht. Man soll aber nun nicht in öffentlichen Versammlungen weiter die persönlich verlegende Kampfesweise tragen. Auch andere bewährte Genossen haben in der Erregung schon grobe Schmier gemacht. Die Erregung gegen Heine wäre auch wohl nicht in so bestiger Weise erfolgt, wenn derselbe eine andre politische Haltung einnähme. Heine stehe für ihn, den Redner, als Reusis und Parteigenosse zu hoch, als daß die Erklärung Heines, es habe seiner Bemerkung gegen Parvus nicht die Absicht innegewohnt, wie sie von den Zuhörern gedeutet wurde, im Zweifel gezogen werden könne. Es ist falsch, aus jeder kritischen Bemerkung über das Jubelturn auf Antisemitismus zu schließen. Wenn einmal der Ton kritisiert werden soll, dann möge man die Genur nach allen Seiten gleichmäßig ausstellen. Besser ist es, wir wenden unsere Kräfte der praktischen Arbeit zu und verzetteln sie nicht in kleinlicher Ränkelei.

Genosse Koyke wendet sich gegen einzelne Ausführungen Weis' und Frankl's. Auch Schmidt wäre anderer Ansicht, wenn derselbe die Ausführungen Heines angehört hätte. Er könne nur sagen, daß die Parteigenossen mit dem Auftreten Heines nicht einverstanden seien. Von müsse von einem Manne, der für den besseren Ton in unsem Diskussionen eintritt, verlangen, daß er selbst mit gutem Beispiel vorangeht. Wäre einem Arbeiter die Entgleisung passiert, er wäre gewiß weniger glimpflich aus der Affaire gekommen. (Zustimmung.) Eine Resolution, in der sich die Versammlung mit der Thätigkeit der Delegierten einverstanden erklärt, gelangt hierauf zur einstimmigen Annahme.

Sodann gab Frau Dr. Wegl namens der socialdemokratischen Frauen eine Erklärung über die stattgehabte Reorganisation im Wahlkreise ab. Rednerin bemerkte, die Frage der Reorganisation sei ja eigentlich von den männlichen Genossen erledigt, trotzdem die Generalversammlung des Wahlvereins nicht das Recht habe, die Beschlüsse der Volksversammlung aufzuheben. Man hätte zum mindesten die Frauen hören müssen. Eventuell hätte die Volksversammlung das Recht gehabt, zu erklären, daß sie ihre bisherigen Rechte an den Wahlverein abtrete. Nun hat man ja im fünften Kreise für die Frauen eine Vertretung in der Preßkommission vorgesehen. Das sei aber nur eine Scheinlösung, da hierüber nicht der fünfte Kreis allein zu bestimmen habe. Wenn die Parteigenossen nicht die Frauenbewegung unterstützen, dann leide unter dem Mangel an aufgeklärten Frauen auch die Erziehung der Kinder in unsem Sinne. Und da auch der Genosse Frankl einer derjenigen sei, die diese Entrechtung der Frauen herbeigeführt haben, so gebe sie diesem zu bedenken, daß gerade in der Alkoholfrage die Frauen die tüchtigsten Stützen dieser Bewegung sind. Es sei geradezu Feigheit der leitenden Genossen gewesen, den Frauen ihr bisheriges Recht zu nehmen. Aber die Frauen würden sich ihren Weg auch ohne die Anteilnahme der Männer bahnen. Jedenfalls hätten die letzteren einen Verrat am Prinzip begangen; sie stellten sich auf denselben Standpunkt wie die Bürgerlichen: Was nige uns die paar Frauen. Gerade die größten Prinzipienreiter hätten es fertig gebracht, den schlimmsten Verrat am Princip zu begehen.

Genosse Piepmann lehnt es ab, als Vater der Reorganisations-Entwursf angesehen zu werden. Trotzdem aber erwarte auch er von der Durchführung der Reorganisation eine Hebung der Partei. Bisher haben es die Genossen des Kreises den Frauen gegenüber an Entgegenkommen nicht fehlen lassen. Ihre bisherigen Mandate hätten die Frauen nur diesem Entgegenkommen zu danken. Es sollen aber den Frauen durchaus keine Rechte genommen, sondern ihnen im Gegenteil mehr Rechte als bisher eingeräumt werden. Die Reorganisation sei auch nicht hinterzückt, sondern in Tugenden von öffentlichen Versammlungen vorbereitet und besprochen worden. Wir werden auch nach der Reorganisation mit den Frauen Hand in Hand arbeiten und die Bewegung derselben nach besten Kräften zu fördern suchen. Auch Frankl und Schmidt wenden sich gegen die Ausführungen der Genossin Wegl.

Frau Jäger kritisierte gleichfalls die durch die Reorganisation geschaffenen Zustände für die Frauen. Die Frau beanspruche keine besonderen Rechte, sondern nur die als Parteigenossin. Wenn die Frauenbewegung bisher nicht stärker sei, so trügen die Parteigenossen daran die größte Schuld, die ihre Frauen nicht mitarbeiten lassen. Aber auch die meisten Genossen des Kreises seien mit der Reorganisation nicht einverstanden.

Nachdem der Vorsitzende zu letzter Verurteilung eine Richtigstellung gegeben hatte, wurde die schon stark gelichtete Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

Die Versammlung im sechsten Wahlkreise war von etwa 400 Personen besucht; die Berichte und Wahlen der Vertrauensleute und Kommissionen wurden von der Tagesordnung abgesetzt, bis die Organisationsfreistigkeiten im Kreise ihren Abschluß gefunden haben.

Den Bericht von der Brandenburgischen Provinzialkonferenz erstattete Genosse Weber. Im Anschluß an den Beschluß der Konferenz zu dem Punkt der Tagesordnung: Die beteiligten wir uns an den preussischen Landtagswahlen, mahnte Genosse Knoll, zeitig genug in die Agitation für die Landtagswahlen einzutreten.

Den Bericht vom Parteitag in Lübeck erstattete Genosse Kiesel. In Bezug auf die Polenfrage verteidigte er den Stand-

Die Versammlung im sechsten Wahlkreise

war von etwa 400 Personen besucht; die Berichte und Wahlen der Vertrauensleute und Kommissionen wurden von der Tagesordnung abgesetzt, bis die Organisationsfreistigkeiten im Kreise ihren Abschluß gefunden haben.

Den Bericht von der Brandenburgischen Provinzialkonferenz erstattete Genosse Weber. Im Anschluß an den Beschluß der Konferenz zu dem Punkt der Tagesordnung: Die beteiligten wir uns an den preussischen Landtagswahlen, mahnte Genosse Knoll, zeitig genug in die Agitation für die Landtagswahlen einzutreten.

Den Bericht vom Parteitag in Lübeck erstattete Genosse Kiesel. In Bezug auf die Polenfrage verteidigte er den Stand-

Die Versammlung im sechsten Wahlkreise

war von etwa 400 Personen besucht; die Berichte und Wahlen der Vertrauensleute und Kommissionen wurden von der Tagesordnung abgesetzt, bis die Organisationsfreistigkeiten im Kreise ihren Abschluß gefunden haben.

Den Bericht von der Brandenburgischen Provinzialkonferenz erstattete Genosse Weber. Im Anschluß an den Beschluß der Konferenz zu dem Punkt der Tagesordnung: Die beteiligten wir uns an den preussischen Landtagswahlen, mahnte Genosse Knoll, zeitig genug in die Agitation für die Landtagswahlen einzutreten.

Den Bericht vom Parteitag in Lübeck erstattete Genosse Kiesel. In Bezug auf die Polenfrage verteidigte er den Stand-

Die Versammlung im sechsten Wahlkreise

war von etwa 400 Personen besucht; die Berichte und Wahlen der Vertrauensleute und Kommissionen wurden von der Tagesordnung abgesetzt, bis die Organisationsfreistigkeiten im Kreise ihren Abschluß gefunden haben.

Den Bericht von der Brandenburgischen Provinzialkonferenz erstattete Genosse Weber. Im Anschluß an den Beschluß der Konferenz zu dem Punkt der Tagesordnung: Die beteiligten wir uns an den preussischen Landtagswahlen, mahnte Genosse Knoll, zeitig genug in die Agitation für die Landtagswahlen einzutreten.

Den Bericht vom Parteitag in Lübeck erstattete Genosse Kiesel. In Bezug auf die Polenfrage verteidigte er den Stand-

Die Versammlung im sechsten Wahlkreise

war von etwa 400 Personen besucht; die Berichte und Wahlen der Vertrauensleute und Kommissionen wurden von der Tagesordnung abgesetzt, bis die Organisationsfreistigkeiten im Kreise ihren Abschluß gefunden haben.

Den Bericht von der Brandenburgischen Provinzialkonferenz erstattete Genosse Weber. Im Anschluß an den Beschluß der Konferenz zu dem Punkt der Tagesordnung: Die beteiligten wir uns an den preussischen Landtagswahlen, mahnte Genosse Knoll, zeitig genug in die Agitation für die Landtagswahlen einzutreten.



punkt des Parteivorstandes und des Parteitag, daß eine gesonderte polnische sozialdemokratische Partei nicht anerkennen sei. Er bedauerte, daß in der geschlossenen Sitzung weder über den Verein "Arbeiterpresse" noch über die "Socialistischen Monatshefte" gründlich diskutiert worden sei; hoffentlich werde das im nächsten Jahre geschehen. Zur Versteindebatte übergehend, betonte er, daß sie durch Bebel angeregt und aus der Preßdebatte herausgewachsen sei. Hierbei kamen Szenen vor, wie man sie wohl noch niemals auf einem Parteitage erlebt hat. Am schlußmüde habe die Entgleisung des Genossen Heine berichtet, um so schlimmer sei, als sie einem gewandten Juristen passiert sei. Uebrigens siehe David mit dem Vorbringen privaten Klatsches über Parvus würdig neben Heine. In der Accordmaurerfrage haben die Delegierten des 6. Kreises die Resolution 114 in ihrer ursprünglichen Fassung unterzeichnet, der abgeänderten Resolution 114 hätten sie ebenfalls zugestimmt; durch diese sei eine Einmütigkeit der ganzen Partei erzielt worden. Der Redner bedauerte, daß aus Zeitmangel eine eingehende Debatte über die Vollpolitik und namentlich über die Wohnungsfrage nicht stattgefunden habe.

Ergänzend führte Genosse Hingé aus, daß der bisher in der Partei nicht übliche Ton, den die Akademiker hineingebracht haben — ihr Abgeordneter Ledebour hätte sich übrigens an diesem Ton nicht beteiligt —, die Annahme des Antrages 68 von Berlin IV veranlaßt habe, wonach den Wahlkreisen empfohlen wird, bei der Aufstellung von Kandidaturen mehr auf Arbeiter anstatt auf Akademiker zu setzen. Zur Accordmaurerfrage bedauerte er, daß er nicht mehr zum Wort gekommen sei; er hätte sich scharf gegen die Resolution 102 des Genossen Bernstein gewendet. Leider sei niemand auf dieselbe eingegangen und so sei sie mit 110 gegen 107 Stimmen angenommen worden. Ihre Durchführung würde die Partei in endlose Schwierigkeiten stürzen, denn die Centralverbänder würden die Partei zur Entscheidung gegen die lokal organisierten Genossen aufzusehen. Hieran könne sich die Partei nicht einlassen.

In der Diskussion rügten mehrere Redner den von den Akademikern beliebten Ton, besonders das Auftreten von Heine und David. Außerdem wurde die Annahme der Resolution 102 bedauert. In Bezug auf die Accordmaurerfrage trat mehrfach die Meinung zu Tage, daß zwischen der Partei und den Gewerkschaften eine Rivalität bestehe, an der besonders die Neutralitätsbestrebungen der letzteren schuld seien. Genosse Jacobson rühmte von der Tätigkeit des Genossen Bernstein die praktische Seite; er habe uns auf die Konjunkturalwirtschaft und die Eigenproduktion derselben hingewiesen, und insofern habe die Verstein-Diskussion und etwas Gutes gebracht.

Inzwischen war folgende Resolution eingelaufen: Die Parteiverammlung erklärt sich mit dem Bericht der Delegierten des 6. Kreises einverstanden. Die Versammlung verpflichtet sich, mit aller Kraft für die Verwirklichung des Parteitag, und die selben zur Durchführung zu bringen. Sie begrüßen es insbesondere, daß es dem Parteitag gelungen ist, sowohl in der Frage des Schiedsgerichts der Hamburger Accordmaurer, wie auch in der Versteinfrage einen für die Partei befriedigenden Ausgleich herbeizuführen. Genosse Hingé beantragte hierzu, hinter Beschlüsse des Parteitag einzufügen: mit Ausnahme der Resolution Bernstein Nr. 102.

Genosse Ledebour legte kurz seinen Standpunkt in der Posenfrage dar, der von dem der meisten Parteigenossen abweichend sei; der verlorene Genosse Liebnecht habe seinen Standpunkt geteilt

und in einigen Jahren werde er wohl der allgemeine in ganz Deutschland sein. Dann stellte sich der Redner als Nicht-Akademiker vor; da er aber auch nicht Handarbeiter sei, sondern Parteigenosse von undefinierbarer Klasse, so sei er unparteiisch und möchte davor warnen, aus einzelnen Vorurteilen sich zu Vorurteilen gegen eine ganze Gruppe verleiten zu lassen. Die Partei braucht jeden, ob Akademiker oder Arbeiter, und sieht nicht den Beruf an, sondern den Mann. Auf die Versteinfrage übergehend führte Ledebour aus, daß dies lediglich eine Personenfrage sei. Hätte Kossig, Kovicow oder sonst ein Literat der Edelheimschen Verlags das Buch Verstein geschrieben, so hätte sich niemand darum gekümmert. Verstein aber ist in den falschen Ruf eines großen Gelehrten gekommen, deshalb schenkt man ihm eine Beachtung, die ihm nicht zukommt, wie Liebnecht schon vor zwei Jahren ausgeführt hat. Leider kommt Verstein aus seinen konfusem Theorien zu Schlusfolgerungen, die uns direkt ins Gesicht schlagen. So habe er die Kolonialpolitik empfohlen, worauf sich schon Graf Bälou berufen habe. Wir können darauf nur erwidern: Verstein ist in seinem Empfinden längst von der sozialdemokratischen Anschauung entgleist. Durch die ihm zu teil gewordene Weiberränderung hat er jedes Urteil und jede Selbstkritik verloren. Er sagte, die Partei wird es mir in späterer Zeit noch Dank wissen, daß ich mein Buch geschrieben habe. So erscheint er sich selbst. Auf dem Parteitage herrschte darüber allerdings nur Heiterkeit. Wie gering der Parteitag von Verstein dachte, zeigt, so paradox das klingen mag, das Schicksal seiner Resolution 102. Sein Redner habe es der Mühe für wert gehalten, auf sie einzugehen, auch Auer, der persönliche Freund Versteins, hat diese Unvorsichtigkeit begangen, so unendlich sei ihm die Annahme dieser unsinnigen Resolution erschienen. Darin liegt die stärkste Verurteilung Versteins. Die Resolution 102 ist dann mit 110 gegen 107 Stimmen angenommen; doch haben mehrere der dafür Stimmenden nachher erklärt, sie hätten nur in der Verwirrung dafür gestimmt. Ich hoffe, daß man nirgend in der Partei versuchen wird, diese Resolution in die Praxis umzusetzen. Dann müßten wir alle gewerkschaftlichen Kämpfe in der Partei noch einmal durchkämpfen. Das würde in jede politische Organisation unendliche Kämpfe hineindringen, und wir haben dort wahrlich bereits Kämpfe genug.

Und noch ein kurzes Wort. Die sozialdemokratische Politik ist nicht nur eine Frage des Wissens, sondern eine Frage des Charakters, des ganzen Menschen. Bei uns bildet der politische Kampf den Lebensinhalt des Menschen. Deshalb erleben wir es so häufig, daß die Charaktere nicht bestehen, wenn sie auf die Probe gestellt werden. Das ist eine notwendige Begleiterscheinung einer Partei, die nicht bloß Augenblickefolge erringen, sondern die ganze Staats- und Gesellschaftsordnung umgestalten will. Dessen muß sich jeder Genosse immer bewußt sein. Wenn ein Parteigenosse mit einem andern auch die schlimmsten Auseinandersetzungen gehabt hat, und er hat die Möglichkeit, diesen von Land zu Land gehenden Genossen einer Regierung aus den Fängen zu reißen, so muß er sich glückselig schämen, seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit zu thun. Wenn ein Genosse dies Verhältnis verkennt und das unter dem Gesichtswinkel der Dankbarkeit betrachtet, so verkennt er vollständig die elementarsten Empfindungen eines Sozialdemokraten.

Nachdem Ledebour unter allgemeinem Beifall geendet, wurde ein Antrag auf Schluß der Diskussion und dann die Resolution mit dem Amendement Hingé angenommen. Darauf erfolgte um 1/12 Uhr der Schluß der Versammlung.

### Die Parteigenossen von Schöneberg und Umgebung

hielten ebenfalls am Dienstag eine Versammlung ab, in der die Delegierten des Kreises Teltow-Beeskow über den Parteitag in Lübeck berichteten. Schubert führte aus, daß die Versteinfrage dem Parteitag eine Sparte kostbarer Zeit geraubt, jedoch das eine Gute gezeitigt habe, daß Verstein nach Annahme der Versteinschen Resolution die bekannte Erklärung abgab. Die unsachlichen und persönlichen Auseinandersetzungen in der Preßdebatte hielt Redner für bedauerlich und für nicht geeignet, erlebterisch in den Kreisen der Arbeiterschaft zu wirken. Der Standpunkt des Parteitag in Bezug auf die Budgetbewilligung sei noch seiner Meinung der allein maßgebende. Genosse Schnelle-Charlottenburg gab in kurzen Zügen ein Bild über die Accordmaurer Angelegenheit, welche trotz der Kompromißfindung eine zufriedenstellende Lösung gefunden habe. Nach seiner Anschauung konnte der Parteitag zu keinem andern Beschluß kommen, als wie er in der Resolution 114 festgelegt wurde. Frau Thiel-Tempelhof ergänzte die Ausführungen und erläuterte den Antrag Dittke Baader und Genossen (Flugblatt-Herausgabe).

In der nun folgenden Diskussion erklärte sich Genosse Fischer mit dem in der Accordmaurer-Angelegenheit gefassten Beschluß einverstanden; Grollmig und Buise können sich nicht so ohne weiteres mit dem Beschluß einverstanden erklären; leichter ist der Ansicht, daß Auer den Streitbrechern Konzessionen gemacht habe, jedoch besitze er so viel solidarisches Gefühl, um sich zu fügen. Hoffmann verteidigte den Standpunkt des Parteitag. Görke vertritt es nicht, wie man jetzt, nachdem eine für beide Teile befriedigende Lösung der Frage gefunden, hier noch herkommen und derartiges äußern kann. Man solle nicht von einem moralischen Sieg der Maurer reden, sondern den Personen Dank wissen, die sich um die Lösung der schwierigen Frage so große Mühe gegeben haben. Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte, ob die Delegierten das Schlußwort erhalten sollen, wurde die Diskussion geschlossen.

Es folgt die Berichterstattung der weiblichen Kreisvertrauensperson des Kreises Teltow-Beeskow, Genossin Thiel-Tempelhof. Ihre Tätigkeit begann mit dem Januar dieses Jahres, in welchem Zeitraum vier öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Die Einnahmen betragen 280,50 M., die Ausgaben 156,80 M. Frau Keiling als weibliche Vertrauensperson für Schöneberg gab gleichfalls ihren Tätigkeitsbericht und konstatierte eine Einnahme von 83,50 M., eine Ausgabe von 75,15 M. Im Anschluß daran entwickelte sie die Notwendigkeit der besseren und kräftigeren Unterstützung seitens der Männer. Weiden Genossinnen wurde Decharge erteilt. Frau Keiling wurde als Vertrauensperson für Schöneberg wiedergewählt. Von der Wahl der Kreisvertrauensperson wurde Abstand genommen, da diese Versammlung, von deren Enderufung die Frauen keine Meinung hatten, von vielen Genossinnen des Kreises, örtlicher Versammlungen wegen, nicht besucht werden konnte. Es entpuppte sich nur der Gerechtigkeit, wenn man den Frauen bei einer solchen wichtigen Frage das Mitbestimmungsrecht gewährte. Leber die Form der Enderufung der Versammlung entspann sich eine sehr lebhaft Debatt, und während Genosse Görke die Zweckmäßigkeit derselben verteidigte, protestierte Genosse Volkerman über Enderufung von Versammlungen ohne vorherige Verständigung der Genossen des betreffenden Ortes.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 10. Oktober.  
Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schanztheater. Emilia Galotti. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroß). Geschlossen.  
Schiller. Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag. Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Die Hoffnung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leffing. Hans Rosenhagen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nesibens. Ein Doppelgänger. Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Das Weib-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Wollen. Die Desdantia. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Zereshondshue. Delfes Alleanzons Dantes Brett. Anfang 8 Uhr.  
Central. Lese Blätter. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Kabale und Liebe. Anfang 8 Uhr.  
Carl Weiss. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelm-Bühne. Die Vandalen. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Salle-Miliane. Talsio. Anfang 8 Uhr.  
Cafino-Theater. Berlin W. Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
Nyola. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbieren. Anfang 7 Uhr.  
Fassung-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Fassung-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Hörsaal: Prof. Dr. C. Müller: „Unser Wissen vom Leben.“) Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.  
Palast-Theater (früher Feen-Palast) Borsari. 22. Direction: Winkler u. Fröbel. Einen durchschlagenden Erfolg hat das neue Oktober-Programm. 15 Sensations-Nummern. Kar vom Bejen das Beste. Um 8 1/2 Uhr Director W. Fröbel als Schlichter in der Operette Weibliche Barbieren. Neue drei Silbersterne. Der Musik-Sport-Akt. Lebende Riesen-Photographien. Anf. 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr. Billetvorverkauf von 11-1 Uhr.  
Casino-Theater Lothringerstrasse 37. Mary Ellys \* Fritz Steidl und das fähige sensationelle Spezialitätenprogramm. Dazu der Schlager der Saison Berlin N. — Berlin W. Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Cirrus Renz-Konzert-Tunnel Karlstrasse. Ruz erstklassige Spezialitäten. J. H. Matt. Direction: Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.  
W. Noacks Theater. Brunnenstrasse 16. Die wilde Katz. Vorse mit Gesang in vier Akten von Mannhadt und Weller. Musik von G. Steffens. Ruz der Vorstellung: Tanztränzchen. Freitag: Else vom Erlenhof.  
Cirrus Renz-Konzert-Tunnel Karlstrasse. Ruz erstklassige Spezialitäten. J. H. Matt. Direction: Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

### Schiller-Theater

(Kallner-Theater).  
Donnerstagsabend 8 Uhr:  
Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag.  
Freitagabend 8 Uhr:  
Die Kronprätendenten.  
Sonnenabendabend 8 Uhr:  
Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag.

### Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.  
Anfang 8 Uhr! Anfang 8 Uhr!  
Berliner Rangen!  
Große Anstaltungsspiele mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von R. Sponard.  
Sommerabend, nachmittags 4 Uhr: Rindervorstellung. Achenstraße 10, 20, 30 Pf.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Melodie. Hieran: Wie denken Sie über Dreyfus? Danach: Elser.

### Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr. Zum 2. Male:  
Lose Blätter.  
Ein Kanarienvogel in 3 Akten. 1. Abteilung: Sorspiel auf dem Theater. 2. Abteil.: Lose Blätter. 3. Abteilung: Diogenes. Operette in einem Akt von Julius Freund. Musik von Dr. Bogumil Jepsel.  
Wochen und folgende Tage: Lose Blätter.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: Die Geisha. Abend: Lose Blätter.

### Metropol-Theater.

Schön war's doch!  
Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
Emil Thomas a. G.  
Joseph Josephi a. D.  
H. Bender. G. Kaiser.  
Else de Veré a. D.  
Frid-Frid. F. Georgelle.  
Gastspiel:  
Saharet!  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.  
Sonnenabend, den 12. Oktober:  
Zum 50. Male:  
Schön war's doch!

### Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Ueber den Wolken  
Im Hörsaal: Prof. Dr. C. Müller: „Unser Wissen vom Leben.“  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

### Passage-Theater.

Anf. wochent. 8, Sonntags 12, Ende 11 Uhr.  
Beginn des Abendprogramms 8 Uhr.  
Adelina Sozo  
Prima ballerina assoluta.  
Traudchen  
Hundgebürth,  
die Kuhmagd aus dem Rhein-land.  
Hiasl und Franzl,  
die bayrischen Juxbrüder und Schuhplattler.  
17 erstkl. Nummern.

### Palast-Theater

(früher Feen-Palast) Borsari. 22.  
Direction: Winkler u. Fröbel.  
Einen durchschlagenden Erfolg hat das neue Oktober-Programm. 15 Sensations-Nummern. Kar vom Bejen das Beste. Um 8 1/2 Uhr Director W. Fröbel als Schlichter in der Operette Weibliche Barbieren. Neue drei Silbersterne. Der Musik-Sport-Akt. Lebende Riesen-Photographien. Anf. 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr. Billetvorverkauf von 11-1 Uhr.

### Casino-Theater

Lothringerstrasse 37.  
Mary Ellys \* Fritz Steidl und das fähige sensationelle Spezialitätenprogramm. Dazu der Schlager der Saison Berlin N. — Berlin W. Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

### Apollo-Theater.

Dienstag, den 15. Oktober:  
400. und letzte Aufführung  
der  
Frau Luna  
mit dem herrlichen Luftballett  
Grigolatis.  
Ferner:  
10 allererster Specialitäten.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.

### Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.  
Horwarths wunderbare  
6 Liliputaner  
mit ihren kleinsten Pferden  
der Welt  
und Pracht-Equipage!

### Cirrus

Albert Schumann.  
Renz-Gebäude. Karlstrasse.  
Donnerstag, den 10. Oktober cr.,  
abends präc. 7 1/2 Uhr:  
Elite-Abend.  
Gala-Programm. U. a.: Madame Mathilde Renz. Herr Ernst Renz. Mlle. Mlle. Antoinette. Mlle. Eugenie. Die einzigen erkrankenden bereicherten Mathilde, vorgeführt von Mlle. Blanche. Mlle. Rita Hartz und Ruz. Sauter. Die phänomenalen 5 Amerik. Johnsons. Klub-Jugglers. Eugen-Truppe, 8 Personen. Die Könige aller Partierre. Mikobaten. Orig.-Clown Paul Bojanowski, der unfehlige Berliner.  
Das Schlußspiel in  
Fener u. Flammen.  
Neuere Erfindung des Directors M. Schumann.  
120 Gr. Ballettdivertissement 120 Ein Stunden in der Mode Ruz. Dir. Albert Schumann.

### W. Noacks Theater.

Brunnenstrasse 16.  
Die wilde Katz.  
Vorse mit Gesang in vier Akten von Mannhadt und Weller. Musik von G. Steffens. Ruz der Vorstellung: Tanztränzchen. Freitag: Else vom Erlenhof.

### Reichshallen.

Stettiner Sänger.  
Seriöses Programm,  
u. a. „Bosco“.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Vornehm. Vergnügungsort!  
Tägl. kl. Internationales  
Konzerte.  
Spezialität-Doppel-Vorstellung  
von nur erstklassigen Kräften.  
Special-Ausschank der  
Berliner Bock-Brauerei.  
Vorzügliche Küche.  
Gut gepflegte Biere.

### Königsberg

Ziehung 12., 14., 15., 16. October  
Allerb. genehmigt 123 126 Loose.  
Königsberg  
Gold-Lotterie  
Loose à 3 M. Porto u. Liste  
20 Pf. extra.  
62 50 Geldgewinne, ohne Anzag M.  
190000  
Hauptgewinn: Mark  
50,000  
20,000  
1.5000 = 5000  
1.3000 = 3000  
2.2000 = 4000  
4.1000 = 4000  
10.500 = 5000  
40.300 = 12000  
60.200 = 12000  
120.100 = 12000  
200.50 = 10000  
800.50 = 19000  
5000.50 = 34000  
Loos-Versand durch General-Debit  
Lud. Müller & Co.  
Berlin, Breitestr. 5.  
Telegr.-Adr.: Müllers

### Schall und Rauch,

Unter den Linden 44.  
Prolog, Narrenlied, Rex, Kulturkarikatur, Tragödie, Die Gefangene, Die Jonglouse, Begleiters Hölle, Piorotta, Der deutsche Jüngling, Der Verliebte.  
Anfang 1/2 9 Uhr.

### Cirkus Busch.

Donnerstag, den 10. October, 7 1/2 Uhr:  
Grande Soirée équestre.  
„Wie guet Brandenburg allewege.“  
Großes Ritter- und Schachspiel  
zu Wasser und zu Lande.  
Besonders hervorzuheben: Der Amerikaner Gifford als ständlicher Hochspringer auf seinem Rad. Ueberehm: Gala-Programm. Bestmögliches.

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
Wiederankunft von  
Adolf Hoffmann.  
Jeden Sonntag,  
Montag und Donnerstag  
Hoffmanns  
Norddeutsche Sänger  
Ruz jeder Soirée: Tanz.  
Anfang Sonntag 7 Uhr,  
von 5-7 Uhr Konzert.  
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags  
Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf.  
Wochentags Vereinsbillets gültig und  
Tanz frei. Alle an dem Tage bleiben  
die Billets zu Festlichkeiten und Ver-  
sammlungen frei.

### Zum Leydecker

Sophien-Strasse 34.  
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag  
Kall.  
Entree frei nur Garderobe. Anf.  
Sonntags 4 Uhr, Wochentags 9 Uhr.

### Männer-Vortrag

morgen abend 8 1/2 Uhr,  
Kommandanten - Str. 20.  
Prakt. Naturheilk. Grundmann 2.  
Syphilis, erklärt an patholog.  
Schnittbildern. 8 Uhr 20 Pf. Natur-  
ärztl. Spr. Kuranz. Köpenickerstr. 72.  
11-2, 6-8.

### Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Feldbrichtr. 10,  
über: „Sogenannte unheilbare Blau-  
nerleiden.“ Donnerstag, 10. October,  
abends 8 1/2 Uhr, im „Rückwärts Hof“,  
Admiralstr. 18a. 10345  
Ruz Herren! Entree frei!







Raubmord.

Auf einem freien Felde am Schnittpunkt der Barbarossa- und Gambergerstraße, in der Nähe der Wilmersdorfer Grenze, wurde Mittwochsabends um 6 1/2 Uhr der 39 Jahre alte Arbeiter Edward Gabriel aus der Frankfurterstraße in Schöneberg ermordet und beraubt...

Auf der Grenze von Wilmersdorf und Schöneberg befinden sich mehrere neue Straßenzüge, die noch nicht fertig angelegt sind. Ein Teil des Geländes gehört dem Maurermeister Sore, der viele Parzellen an kleine Leute verpachtet hat...

Die Nachforschungen ergaben bisher nur, daß Gabriel gestern abend in der That auf dem Laubengelände gewesen ist. Um 8 1/2 Uhr ging er von dem früheren Restaurateur Emil Jung weg...

Über den Aufenthalt Gabriels kam folgendes mitgeteilt werden: Mit Jung zusammen befindet er sich abends in dessen Laube. Dort waren außerdem der Wächter Gustav Reigel, der Gärtner Nicolaus und ein Bekannter von diesem Namens Anton Scholten...

Bei den weiteren Nachforschungen fand man eine Blutspur, die von der Leiche nach einem Graben führt, der an der Laubensolonie vorbeigeht und die Grenze von Schöneberg und Wilmersdorf bildet. Um 4 Uhr nachmittags erschien am Hundort unter Führung des Amtsgerichtsrats Richter eine Gerichtskommission...

Eine Korrespondenz will erfahren haben, daß Jung, dessen Hausdiener Reigel, sowie ein Arbeiter Nicolaus, ein Bruder des gleichnamigen Laubensbesitzers, in Haft genommen worden sind. Die Polizeibehörde setzt auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 300 M. aus.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Mitglieder der Preßkommission werden ersucht, Freitag abend 8 1/2 Uhr zu einer Besprechung in der Redaktion des „Vorwärts“ antworfend zu sein.

Fünftes Wahlkreis. Da die Wahl des Vorstandes, der Vertrauensleute und aller Beamten des Kreises erst in der gegen Ende des Monats stattfindenden Generalversammlung des Wahlvereins vorgenommen werden kann...

Zur Flugblattverbreitung wollen sich die Parteigenossen des fünften Wahlkreises Sonntagmorgen 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen einfinden: Antisch, Hitenstr. 10, Wändner, Linienstr. 19, Opiß, Wasserstr. 55, Wagnmann, Linienstr. 29.

Am Dienstag, den 15. Oktober, findet im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt, in der Genosse Ludwig referiert.

Wie betreiben wir die Agitation zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen? Über diese Frage hält der Stadtverordnete Paul Hirsch heute abend in der Gamberger-Bräuerei, Walfstr. 94, zu Charlottenburg einen Vortrag.

Stichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein bei Göllisch, Frankfurter Chaussee 121, seine Generalversammlung ab, in der Genosse Stichtenberg über den Parteitag Bericht erstattet.

Der Wahlverein Brin hält am Freitagabend 8 1/2 Uhr bei Barckentin, Wälgestr. 4, seine Generalversammlung ab.

Lokales.

Semesteranfang in den Berliner Gemeindeschulen.

Am Dienstag haben die Berliner Schulen das Wintersemester eröffnet. Die bürgerlichen Väster pflegen in den Betrachtungen, die sie, einem alten Brauche gemäß, alle halbe Jahre dem ersten Schultag widmen, nur die besten, heiteren Momente hervorzuheben.

Gerade zu Beginn eines neuen Halbjahres treten einzelne Mängel der Berliner Gemeindeschulen mit besonderer Schärfe hervor. Der augenfälligste und bekannteste Mangel ist die noch immer viel zu starke Besetzung der Klassen. Sie ist so oft besprochen worden, daß es der Mehrzahl derjenigen Eltern, die für ihre Kinder auf die Gemeindeschulen angewiesen sind...

Nach der Ansicht gewisser Führer des Berliner Freisinn müßte ihnen die Bevölkerung Berlins an jedem Semesteranfang eine neue Briefkäse dafür danken, daß Berlin ein so „großartiges“ Volksschulwesen hat. Die Lobeshymnen auf dieses Volksschulwesen werden übrigens in den nächsten Wochen noch lauter als sonst aus dem Munde der Freisinnigen erklingen.

Der städtische Wohnungsausschuß trat in seiner gestrigen Sitzung in die Beratung des ihm kürzlich überwiesenen Antrages unfreier Genossen ein, der bezweckt, das Gelände der ehemaligen Stralauer Wasserwerke für Errichtung kleiner Wohnungen durch gemeinsame Darlehensgesellschaften unter den von der Stadtbehörde bereits festgelegten Bedingungen bereit zu stellen.

Der städtische Wohnungsausschuß trat in seiner gestrigen Sitzung in die Beratung des ihm kürzlich überwiesenen Antrages unfreier Genossen ein, der bezweckt, das Gelände der ehemaligen Stralauer Wasserwerke für Errichtung kleiner Wohnungen durch gemeinsame Darlehensgesellschaften unter den von der Stadtbehörde bereits festgelegten Bedingungen bereit zu stellen.

Das fragliche Terrain würde für 2000 Wohnungen, in denen etwa 8000 Personen menschenwürdig wohnen können, Raum bieten; es ist gut gelegen mit bequemen Verbindungen nach allen Teilen der Stadt und vor allem würde die Verwendung in der von unrenen Genossen beantragten Weise ausschließen, daß das Terrain parzelliert und so der Privatpekulation neue Nahrung zugeführt wird.

Das fragliche Terrain würde für 2000 Wohnungen, in denen etwa 8000 Personen menschenwürdig wohnen können, Raum bieten; es ist gut gelegen mit bequemen Verbindungen nach allen Teilen der Stadt und vor allem würde die Verwendung in der von unrenen Genossen beantragten Weise ausschließen, daß das Terrain parzelliert und so der Privatpekulation neue Nahrung zugeführt wird.

solchen überhaupt noch sprechen dürfte, könne nicht anders und besser besichtigt werden, als wenn die Stadt möglichst schnell ihre Terrains veräußert, damit die Privatbauhätigkeit dort dann Häuser zu errichten in der Lage sei. Vergewens wiesen unsre Vertreter darauf hin, daß die Privatbauhätigkeit verjagt habe und verjage, daß die Wohnungsmangel nicht nur in dem Mangel an Wohnungen überhaupt, sondern auch in den enorm hohen Mietpreisen besteht...

Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei Ausführung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 22. März 1901 auch das im südlichen Bezirk befindliche Gelände der ehemaligen Stralauer Wasserwerke mit in Rücksicht zu ziehen.

Der Milchrieg wird von den streitenden Parteien mit großer Fähigkeit durchgeführt. Die Siegerberichte der Centrale für Milchverwertung saugen an, weniger zuverlässig zu klingen. Die Centrale wirbt noch immer um die Gunst der Berliner Hausfrauen, während die Händler ihre Bezugsquellen fortgesetzt erweitern.

Eine unklare Stellung zum Milchrieg hat ein Teil der Wähler eingenommen. Die Zeitung „Germania“ hat es abgelehnt, Partei zu ergreifen, und hat es ihren Mitgliedern überlassen, ob sie ihren Milchbedarf bei der Centrale beden wollen oder nicht.

Geegen die Straßenbahn wird von den Droschken-Lutschnern der Vorwurf erhoben, daß die Wagen nicht genügend Abstand von einander halten. Viele Zusammenstöße zwischen Straßenbahnwagen und andern Fuhrwerken seien allein auf diesen Umstand zurückzuführen.

Um den Unwesen der „Ammierneiben“ mehr zu steuern, wird eine allgemeine Aenderung der über das Schankwesen erlassenen Bestimmungen beabsichtigt. Es wird darüber gemeldet: Dabei soll vornehmlich in Frage kommen die unbedingte Einführung des Bedürfnisnachweises und die Zulässigkeit des Verbois, weibliche Angestellte in Schankräumen zu beschäftigen.

Ein Mangel an Arbeitskräften soll bei der — Schutzmannschaft sichtbar hervortreten, während in fast allen bürgerlichen Lebensbereichen die Not der Arbeitslosigkeit wächst. Eine Korrespondenz meldet: Bei der Berliner Polizei ist gegenwärtig ein großer Mangel an Schutzleuten zu verzeichnen.

Das nun gutgemeinte Abkühlen, die aber wahrscheinlich die Folge haben werden, daß die Kellnerinnen in den Ammierenneiben fortan noch ärger als bisher das Joch ihrer Schanzhalter zu fühlen bekommen. Hoffentlich soll das Verbot, weibliche Angestellte in Schankräumen zu beschäftigen, nur auf die Ammierenneiben, von denen man im allgemeinen annehmen sollte, daß sie nicht so schwer von anspruchsvollen Tugenden zu unterscheiden sind, Anwendung finden.

Zu Virchows 80. Geburtstag. An dem Festmahl, welches die städtischen Behörden am 18. d. M. zu Ehren des greisen Gelehrten in den Räumlichkeiten des Rathhauses veranstalten, werden die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung teilnehmen; außerdem sollen die Ehrenbürger und die Stadtältesten Berlins, sowie Vertreter einzelner Staatsbehörden geladen werden.

Die Berliner Studentenschaft veranstaltet am 15. November eine Virchow-Feier.



Die Gemeindefchule in der Wartenburgstraße hat am gestrigen Dienstag bei Beginn des Winterhalbjahrs die dritte Vorklasse des Friedrichs-Realgymnasiums, das bekanntlich Klassenweise aus der Albrechtstraße nach und nach in die Tempelhofer Vorstadt überführt werden soll, in ihren Räumen aufgenommen. Da in dem Gemeindefchulhaus kein Klassenzimmer unbesetzt war, so ist eine der Gemeindefchulklassen aufgelöst worden und die Kinder dieser Klasse sind anderweitig untergebracht worden. Aschenbrödel hat also richtig Platz machen müssen.

**Aushelfer zu Weihnachten** sucht bereits die Postverwaltung. Wie die Ober-Postdirektion mitteilen läßt, werden im hiesigen Bezirke auch während der diesjährigen Weihnachtszeit, das ist etwa für die Tage vom 19. bis 25. Dezember, zur Bewältigung des Päckerdienstes voransichtlich eine größere Anzahl von Aushelfern gegen ein Tagegeld von 3 Mark eingestellt werden. Unbescholtene Personen, denen an einer Beschäftigung während der bezeichneten Zeit gelegen ist, wird empfohlen, sich alsbald bei dem kaiserlichen Päckepostamt, Oranienburgerstr. 70 hier selbst, unter Vorlegung ihrer Nahrungszugnisse etc. zu melden. Nur Personen von gesundem und kräftigem Körperbau können zur Einstellung gelangen.

**Gersten- und Hopfenaussstellung.** In Gegenwart offizieller Personen ist gestern mittag die 7. Deutsche Gersten- und Hopfenaussstellung und die Brauerei-Maschinenaussstellung in dem neu errichteten Gebäude der Versuchsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen nach einer Ansprache des Generaldirektors Friedrich Goldschmidt eröffnet worden. Die Ausstellung ist mit 253 Gerstenproben, 8 Brauereiprodukten, 185 Hopfenmustern und in der Maschinenabteilung von 115 Firmen mit Maschinen und Apparaten aller Art besetzt.

**Im Tiergarten erschossen** hat sich der 21 Jahre alte, aus Stralsund gebürtige Hausdiener Karl Wegner, der zuletzt fünf Monate lang in einem Hotel in der Luisenstraße beschäftigt war. Der junge Mann gab am Montagabend ohne Angabe eines Grundes plötzlich seine Stellung auf und ging weg. Gegen 10 1/2 Uhr abends erschoss er sich in der Nähe des Wasserturnes im Tiergarten. Leute, die zwei Schüsse fallen hörten, suchten das Gelände ab, in der Dunkelheit blieben jedoch ihre Bemühungen erfolglos. Erst am nächsten Morgen fand man Wegner als Leiche im Gebüsch liegen. Was ihn in den Tod getrieben hat, steht noch nicht fest. Nach einer Darstellung soll es Liebeskummer, nach einer andren Geldverlust sein.

**Zeugen gesucht.** Die Personen, welche am Abend des ersten Pfingstfesttags gesehen haben, wie an der Straßenseite der Haltestelle in Treptow ein Mann, der ein Kind auf dem Arm trug, gegen einen andren Jahrgang handgreiflich wurde, werden gebeten, sich beim Schankwirt Richter, Mariannenstr. 41, zu melden.

**Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.** Die heute abend stattfindende Generalversammlung beginnt um 8 1/2 Uhr. Hiermit sei der Irrtum im Inserat richtig gestellt.

Otto Hüners geographisch-statistische Tabellen sind jetzt über das Jahr 1901 in 50. Auflage im Verlag von Heinrich Kessler

in Frankfurt a. M. erschienen. Die Buchausgabe kostet 1,50 M., die Wandtafel-Ausgabe 60 Pf. Die Vorzüge dieses weitverbreiteten Werkes sind zu bekannt, als daß es noch besonderer Empfehlung bedürfte.

**Aus Schöneberg** berichtet man uns: Wie erinnerlich sein dürfte, stand bereits im Mai dieses Jahres das Gesuch um Verleihung des Bürgerrechts an den damals eben erst neugewählten Stadtbaumeister Berger auf der Tagesordnung der Stadtverordneten-Sitzung. Trotzdem nun der Magistrat die Verleihung warm empfohlen hatte, erfolgte doch die Ablehnung des Gesuchs. Warum? Der Herr war, wie begründet wurde, zu Unrecht vom Ersten Bürgermeister in die Kamaldeputations delegiert worden, da er noch nicht ein Jahr am Ort wohnte, also noch nicht Bürgerdeputierter hätte werden können. Nachdem nun diese Angelegenheit verschiedene Sitzungen der Körperschaften beschäftigt hat, ist jetzt nach beinahe sechs Monaten endlich die Sache durch — — Niederlegung des Bürgerdeputierten-Mandats erledigt worden. Nunmehr wurde auch dem Gesuche um Bürgerrechtsverleihung zugestimmt, und — ein Schauspiel für Götter! — Herr Berger wiederum als Bürgerdeputierter gewählt. Wer laßt da?

### Versammlungen.

**Der Generalkreis der Tischenschmager, sein Ende und die Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung.** Lautete das Thema der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, welche am Sonntag, den 6. Oktober, in Rummelsburg im Jedarth'schen Saale tagte. Der Referent Girbig legte nochmals die Gründe des Streiks dar und verwahrte sich dagegen, daß der Centralvorstand und die Lohnkommissionen tatsächliche Fehler begangen hätten, wie ihnen seitens andrer Gewerkschaften vorgeworfen worden sei. Der Redner wandte sich scharf gegen den Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ und gab der Meinung Ausdruck, daß von einem Weichbluten der Gewerkschaften keine Rede sein kann. Habe doch der Holzarbeiter-Verband bisher nur die Summe von 783,65 Mark für diesen Kampf gegeben. Die Schuld an der schmachvollen Niederlage hätten die Gewerkschaften, welche nicht ihr mögliches gethan haben, um die Streikenden über Wasser zu halten. In der Diskussion, welche eine lebhaft war, nahm zuerst der Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission, Genosse Lint, das Wort. Er rechtfertigte die Berliner Gewerkschaftskommission, er kritisierte die Leitung des Streiks und ist der Meinung, daß der Kampf hätte vermieden werden können. Dürwald (Glaserarbeiter), Judel (Mittelschmager) rechtfertigten den Streik und wiesen auf die ungenügende Unterstützung hauptsächlich der großen Verbände hin. Der Vertreter der Metallarbeiter, Genosse Cohen, verteidigte in längerem Ausführungen das Verhalten der größeren Verbände, hauptsächlich das des Metallarbeiter-Verbandes. Er hält es nicht für richtig, daß die Glaserarbeiter den Kampf in solcher schlechten Geschäftszeit aufnahmen, noch dazu, wo sie keinen Pfennig in der Kasse hatten. Nachdem noch Kaufhold den Centralvorstand und die Streikleitung verteidigt und schließlich die Urabstimmung bemängelt hatte, wurde wegen vorgerückter Zeit die Diskussion geschlossen. Girbig forderte im Schlußwort zum festen Anschluß an die Organisation auf, damit die Scharte wieder ausgewehrt würde.

**Reinickendorf.** Der socialdemokratische Wahlverein nahm in seiner am 5. d. Mts. abgehaltenen Versammlung einen Vortrag des Genossen Lantow entgegen. — Die Genossen Berg und Schumacher legten die Bestrebungen des Vereins abstinenter Arbeiter dar und forderten zum Eintritt in denselben auf.

**Bund deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmacher-Gesellen.** Zweigverein Charlottenburg, Donnerstagsabend 10 Uhr bei Bernitz, Bülowstr. 34; Sitzung.

**Centralverband der Konditoren und verwandten Berufsgenossen.** Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, große öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V, 1. Treppe.

### Vermischtes.

**Der Rhein** ist einer Kölner Depesche zufolge in anhaltendem Steigen begriffen, gestern zeigte der Pegel bereits 4,09 Meter. Die Mosel ist seit vorgestern um 1,45 Meter gestiegen.

**Das Dorf Fejerpatal** (Liptauer Comitatz) wurde, wie man aus Budapest meldet, durch eine Feuerbrunst fast ganz zerstört. 207 Gebäude nebst Nebengebäuden sind niedergebrannt; viele Haustiere sind in den Flammen umgelommen.

**Schiffunglück.** In der vergangenen Nacht ist der dänische Schooner „Anna“ südlich der Greifswalder Die gesunken. Die Mannschaft ist gerettet.

**Posranb.** Wie aus Budapest telegraphisch wird, wurde in der Nähe von Hatogez ein Postwagen auf der zur Eisenbahn führenden Landstraße ausgeraubt. Geraubt wurden 16.000 Kronen Bargeld und 30 eingeschriebene Briefe. Der Kutscher des Postwagens wurde als mitverdächtig verhaftet.

**Weiter-Prognose für Donnerstag, den 10. Oktober 1901.** Zunächst wärmer, später wieder kühler, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und kalten westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstags und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

**Körte.** 1. Bei den am 6. November stattfindenden Ergänzungswahlen sind 50 Stadtverordnete zu wählen. Es kommen in Betracht 48 Ergänzungswahlen und zwei Ersatzwahlen. Nach der Städte-Ordnung muß alle zwei Jahre 1/2 der Stadtverordneten in jeder Abteilung auscheiden; da in Berlin jede Abteilung aus 48 Stadtverordneten besteht, müssen 16 auscheiden. Diese Anzahl aus jeder der drei Abteilungen ergibt obige Zahl. 2. Das Mandat des Stadtv. Singer läuft 1903 ab.

**E. v. P. 1.** Ja. 2. Will jemand eine Erbschaft annehmen, so braucht er nicht zu erklären. Will er sie ausschlagen, so muß er innerhalb 6 Wochen eine etwa dahin gehende Erklärung. Die Erbschaft meines verstorbenen Bruders schlage ich aus. Name und Wohnung durch ein Gericht oder durch einen Notar beglaubigen lassen und diese Erklärung innerhalb 6 Wochen dem Nachlassgericht einreichen. Die Ausschlagung tritt mit dem Zeitpunkt, in welchem der Erbende von dem Erblasser und dem Grunde der Vererbung Kenntnis erlangt hat. Liegt ein Testament vor, so beginnt die Frist nicht vor der Veröffentlichung der Verfügung. Eine verpätete oder nicht notariell oder gerichtlich beglaubigte Erklärung ist wirkungslos. 3. Eins 10 Mark. 4. Keine. — Ziffermann. 1. Ja. 2. Bis 4. Rein.

**Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Freitag, den 11. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Buske (Zerfeld), Grenadierstraße 33:

**Außerordentliche General-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Beratung über die Einzel-Paragrafen des neuen Statuts. 2. Diskussion und Beschlußfassung. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Mitgliederbuch legitimiert. Der Vorstand.

**Achtung! Charlottenburg. Achtung!** Freitag, den 11. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, in der Gandrins-Brauerei, Wallstr. 98:

**Volks-Versammlung Der Weltkrieg.** Tages-Ordnung: Referent: Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine. Die Frauen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. F. A. Louis Hierow.

**Arbeiter-Bildungs-Schule** Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II. Lehrplan für das IV. Quartal 1901.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
Geschichte	Litteratur bei den Urvölkern und im Altertum	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Montag
Natur-Erkennntnis	Die Lehre von der Energie	Dr. Robert Hasse	Dienstag
National-ökonomie	Zoll-, Handel- und Verkehrs-Politik	Schriftst. Georg Bernhardt	Donnerstag
Rede-Uebung	Uebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in **Geschichte** Montag, den 14. Oktober; **Naturerkenntnis** Dienstag, den 15. Oktober; **National-ökonomie** Donnerstag, den 17. Oktober; **Rede-Uebung** Freitag, den 18. Oktober.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schulklokal **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz, Admiralstrasse 40a; Reul, Barnimstr. 42; Bauer, Rosenthalerstr. 57; Krause, Müllerstr. 7a.**

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé, Berlin S. 42, Brandenburgstr. 9, IV.** Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 59,** zu senden. 4/90 Der Vorstand.

**Achtung! Bauanschläger. Achtung!** Das Bureau der Lohnkommission befindet sich jetzt Grenadierstr. 33 im Restaurant **Buske.** Telefon: Amt 3 Nr. 4000. Die Lohnkommission.

**Achtung! IV. Wahlkreis (Osten). Achtung!** (Koppenstraße 29) **Louis Kellers Festsäle** (Koppenstraße 29) Sonntag, den 13. Oktober: **Stiftungs-Fest des Socialdemokratischen Wahlvereins** bestehend in **Vokal- und Instrumental-Konzert** unter Mitwirkung der Gesangsvereine **Liedesfreiheit I.** und der **Maurer (Wilmersdorf).** — Auftreten der Gesellschaft **Strzelewiez.** — Turnische Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins **Fichte.** — Musik unter Leitung des Musikdirektors **Herrn G. Grass.** — **GROSSER BALL.** — Eröffnung 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr. — Billet 25 Pfennig, an der Kasse 30 Pfennig. — Programm gratis.

**Freie Volksbühne.** III. Serie im Carl Weiss-Theater: **Das Friedensfest.** Eine Familien-Katastrophe von Gerhardt Hauptmann. In Szene gesetzt vom Oberregisseur Alfred Halm. Die Vorstellungen finden statt am Sonntag, den 20., 27. Oktober, 3., 10., 17. November, 1. und 8. Dezember. Sonntag, den 13. Oktober, im Lessing-Theater, 6. und 7. Abteilung (graubraun und braune Karten): **Gespenster.**

**Herbstfest** in den glänzend neu renovierten Festsälen der Brauerei Friedrichshain am Sonnabend, den 12. Oktober, 8 Uhr abends unter Mitwirkung der Herren Wehrhans vom Berliner Theater, Marcell Salzer vom Künstler-Cabaret, Ernst Jaffe vom Künstler-Cabaret, Textor vom Künstler-Cabaret, Kapellmeister Siegfried Herzig vom Theater des Westens, Gustav Birckholz vom Theater des Westens, Fr. Laura Detschy vom Theater des Westens, Herrn A. Wittenberg vom Berliner Tonkünstler-Orchester.

**Voranzeige!** Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, **General-Versammlung.** Vortrag des Herrn **Dr. Martin Ziekel,** Regisseur am Residenz-Theater über: **Regiekunst, Geschäfts-, Kassen-, Revisionsbericht, Diskussion etc.** Der Vorstand. I. A.: **G. Winkler.**

**Arbeiter-Bildungsschule.** Sonntag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, im „Königstadt-Casino“ (Raddatz), Holzmarktstrasse 72: Vortrag des Genossen **Dr. Friedberg** über: **Die Schwindsucht und ihre Bekämpfung.** Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.** Eintritt 20 Pfennig. Garderobe frei. **Gewerkschaft der Maler, Anstreicher** und verwandten Berufsgenossen Berlins u. Umgegend. Donnerstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminköhlen (oberer Saal), Kommandantenstr. 20: **General-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht der Delegierten vom Kongress. 3. Bericht der Delegierten von der Konferenz. 4. Gewerkschaftliches. Der Vorsitz der Tagesordnung wegen 19 pünktliches Erscheinen notwendig. Mitgliederbuch legitimiert. Der Vorstand.

Sie durch die traurige Nachricht, daß unsre liebe Tochter, Schwester und Schwägerin **Emma Franke** am Montag, den 7. Oktober, sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause der Bartholomäus-Gemeinde, Weihenstepfener Straße 10, statt. Um hilfes Beileid bitten **Die trauernden Hinterbliebenen.** **Todes-Anzeige.** Allen Freunden und Genossen des fünften Wahlvereins und den Kollegen des Centralverbandes der Handwerks-Arbeiter zur Nachricht, daß am 8. d. M. meine geliebte Frau, unsre gute Mutter **Emilie geb. Arndt** bei der Entbindung plötzlich verstorben ist. Um hilfes Beileid bitte **Der trauernde Vater** **Herrn Clemens** nebst Kindern. Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des St. Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenstepfener Straße 10, statt. **Todes-Anzeige.** Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine einzige Schwester **Emilie Clemens geb. Arndt** im Alter von 35 Jahren am 8. d. M. an den Folgen der Entbindung verstorben ist. Der trauernde Bruder **Emil Arndt.** Beerdigung Freitag, den 11. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des St. Bartholomäus-Kirchhofes, Weihenstepfener Straße 10, statt.

**Jede Dame spart beim Einkauf Geld** von **Damen-Mänteln.** Nach beendeter Engros-Saison verkaufe einzeln zu **Engros-Preisen** **Winter-Jackets** mit und ohne Seidenfutter **VON 4 M. bis 20 M.** **Golf-Capes** mit und ohne Volants **VON 5 M. bis 25 M.** **Kinder-Jackets und Paletots** von 3 M. bis 10 M. **Jacco-Valetots** mit und ohne Seidenfutter **VON 7,50 bis 30 M.** **Ein großer Posten Modelle** hoch eleganter langer **Capes und Valetots** mit echten Pelzbesätzen **Perliane, Netz, Fidet,** unter **Herstellungspreis.** Engros-Lager! Enorme Auswahl! **Kein Laden.** **Max Mosczytz,** Landsbergerstr. 59, 1 Tr. (am Alexander-Platz). **Teilzahlung** monatlich 10 M. liefert elegante **Herren-Garderobe** nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Herr Garderobe stets vorräthig. **Tomprowski,** Neanderstr. 16, II.

**Stenographen-Verein Stolz-Schrey** **Neue Unterrichtskurse** beginnen Donnerstag, den 10. Oktober, im Bezirk **Nord-West,** b. Fischer, Waldstrasse 8 und im Bezirk **Süden,** bei Jahn, Gräfenstr. 82. Freitag, den 11. Oktober, im Bezirk **Centrum,** bei Graps, Annenstrasse 16. 527b Beginn 8 1/2 Uhr abends. Die erste Stunde ist kostenfrei. Unterrichtsgeld 4 Mk. Das Lehrbuch wird gratis geliefert. **Berliner Uk-Trio.** Felix Scheuer, Mittelstr. 1.